

rundschreiben  
01/25



medico international



# Alles hat ein Ende

Syrien: Nach dem Sturz des Regimes | Bundes-  
tagswahl: Im Stammtischmodus | Kampf gegen  
Straflosigkeit: Afghanistan, Sri Lanka, Gaza

# Auf einen Blick

medico-rundschreiben 01/25

## 4 Editorial

### DER LEITARTIKEL

## 6 Im Stammischmodus

Bundestagswahl: Über die  
Ethnisierung gesellschaftlicher  
Probleme



### WAS KOMMT NACH DER FREIHEIT?

## 12 Ein neues Syrien

Eine Reportage aus Damaskus und  
Rojava

## 18 Vier Merkmale des Terrors

Das Assad-Regime begreifen

## 22 „Wir sind vorbereitet“

Interview über die Aufarbeitung  
von Menschenrechtsverletzungen in  
Syrien

## Impressum

Herausgeber:  
medico international  
Lindleystr. 15  
60314 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002  
info@medico.de  
www.medico.de

Redaktion:  
Mario Neumann [verantw.],  
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,  
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,  
Anita Starosta  
Gestaltung und Bildredaktion:  
Andrea Schuldt  
Korrektorat: Silke Weidner  
Fotos der Autor:innen:  
medico, Privat, Tamouz

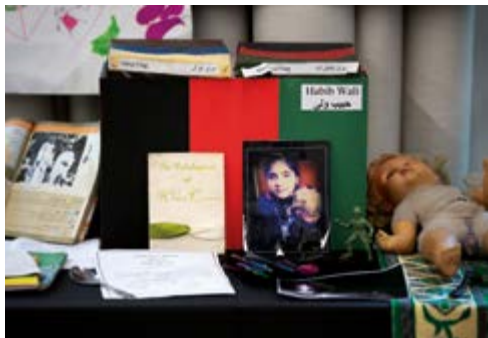
März 2025

Das medico-rundschreiben ist  
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

Titel: Den abgebildeten Kapuzenpulli kann man in der Damaszener Altstadt erwerben. Wie viele andere Souvenirs erinnert er an den Sturz des Diktators Assad am 8. Dezember 2024.

- 26 Projekte / Projektionen  
Brasilien, Ukraine, Globaler Autoritarismus



- ACCOUNTABILITY: RECHT SCHAFFEN**
- 30 Die Mütter auf der A9  
Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in Sri Lanka
- 34 Ein Anfang  
Der Internationale Strafgerichtshof und Afghanistan
- 36 Aufatmen?  
Waffenruhe im Gazastreifen, intensivierter Krieg in der Westbank
- 40 Unmögliche Erinnerung  
Ein Museum in Gaza und das Bemühen, nicht alles zu verlieren

### DIE REPORTAGE

- 42 Nicht für uns, nicht mit uns  
Geopolitik und zivilgesellschaftlicher Protest in Kenia
- 48 Germany first  
Hilfe und Entwicklungspolitik unter den Rädern des Rechtsrucks



### DAS INTERVIEW

- 52 Solidarität unter allen, die unterwegs waren  
Zehn Jahre Sommer der Migration: Interview mit Tareq Alaows
- 58 medico aktiv  
Podcast, Deutsche Kolonialverbrechen, Kampagne Kopf hoch
- 60 Spenden & Stiften  
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 Hilfe, die verändert  
Letzte Seite: Das medicorundschreiben vor 25 Jahren

## Der Sturz des Assad-Regimes erinnert daran, dass selbst die brutalste Herrschaft irgendwann endet

**Liebe Leser:innen,**

wo soll man anfangen, wenn einem Tag für Tag neue Ungeheuerlichkeiten um die Ohren fliegen? Hier Tabubruch und X-Punkte-Pläne, dort imperiale Drohungen und Kahlschläge aller Art, dazwischen diskursiver Wahnwitz à la „Riviera“, „Kommunist Hitler“, „Aggressor Ukraine“. Wer so handelt und spricht, blendet Wirklichkeit nicht nur aus. Er verkehrt sie, und das bewusst. Am Werk ist eine Politik des Konfusionismus, die darauf zielt, zu überwältigen, zu verunsichern und zu lähmen. Mitten durch das Dröhnen hindurch vollzieht sich die rechtsautoritäre Machtübernahme.

Nicht von ungefähr hat ein Satz gerade wieder Konjunktur, den der italienische Marxist Antonio Gramsci 1930, von den Faschisten inhaftiert, geschrieben hat: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Das ist die Zeit der Monster.“ Nun fallen Monster nicht vom Himmel. Sie kriechen unter dem Bett hervor, weil ihre Zeit gekommen ist. Seit Jahrzehnten werden multilaterale Institutionen ausgehöhlt und das Völkerrecht desavouiert. Während Reiche immer reicher werden, sind soziale Infrastrukturen geschliffen worden. Der neoliberale Kapitalismus hat den Boden bereitet, jetzt übernimmt sein autoritärer Thronfolger. Mal mit Kettensäge, mal mit Heckenschere stürzt er sich auf das, was von einer regelbasierten Weltordnung und ihren liberal-demokratischen Versprechen noch übrig ist. Die Beschädigungen sind schon jetzt enorm. Alles hat ein Ende?

Es gehört zu den Traditionen von *medico*, die Realität zwar in dunklen Farben zu zeichnen, sie aber zugleich nicht schwarzzumalen. Ansatzpunkt sind die Risse, in denen sich Widerspruch regt. So sollte nicht

übersehen werden, dass die Rechtsdrift hierzulande auch zu einer beachtlichen Politisierung und Mobilisierung von links geführt hat, gerade unter der jungen Generation. Doch auch der Blick, den dieses Rundschreiben ins globale Handgemenge wirft, entdeckt nicht allein Niedergang – im Gegenteil.

Es beginnt mit den rechten Verwüstungen. Der Leitartikel von Mario Neumann zeichnet nach, wie Politik und Medien im Wahlkampf die Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme vorangetrieben haben. An anderer Stelle zeigt Karoline Schaefer auf, dass nicht nur die Trump-Administration USAID zerlegt – auch in Berlin werden Etats für Entwicklungszusammenarbeit gekürzt und Hilfe auf Eigennutz getrimmt: „Germany first“, gleichgültig gegenüber dem Leben anderer und anderswo. Weitere Beiträge berichten hingegen von Bewegungen gegen das Autoritäre – sei es der anhaltende Widerstand der kenianischen Zivilgesellschaft gegen die Missachtung grundlegender Rechte, sei es der Wahlsieg eines Linksbündnisses in Sri Lanka, der auch Räume für die bislang verhinderte Aufarbeitung der Kriegsverbrechen im Land eröffnet hat. Wie sich Unrecht ahnden und Gerechtigkeit schaffen lässt: Diese Frage durchzieht fast das gesamte Heft, so auch den Schwerpunkt über Syrien.

Zu den Paradoxien des globalen Geschehens gehört, dass ausgerechnet das Land, in dem lange alles verloren schien, unverhofft zum Silberstreif geworden ist. Der Sturz des Assad-Regimes erinnert daran, dass selbst die brutalste Herrschaft irgendwann endet. Anita Starosta ist durch das Land gereist und hat mit zahlreichen medico-Partner:innen gesprochen. Ihre Reportage erzählt von einer Gesellschaft, die ihre Freiheit noch kaum fassen kann, aber auch weiß, dass das Ringen um eine demokratische Zukunft gerade erst begonnen hat. Was dort geschieht, mag weit weg erscheinen. Das ist es nicht. Seit 2015 ist die „syrische Erfahrung“ ein Teil Deutschlands. So finden sich in diesem Rundschreiben drei Beiträge von Menschen, die wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte aus Syrien fliehen mussten und seither in Deutschland leben: die Anwältin Joumana Seif, der Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh und der Aktivist Tareq Alaows. Das allein ist eine Botschaft. In monströsen Zeiten ist die Realisierung und Verteidigung der pluralen, postmigrantischen Gesellschaft ein zentraler Einsatz. Ausgehend hiervon kann, in den Worten Gramscis, eine „neue Welt geboren“ werden.

Alles hat ein Ende. Die gute Nachricht: Mit dem Ende dieses Editorials fängt das Rundschreiben erst richtig an!

Solidarische Grüße  
*Christian Sälzer*



**Geteiltes Leid ... :**  
Christian Sälzer hat den Wahlabend beim „Public Screaming“ im Frankfurter Mousonturm verbracht. Rundschreiben-Redakteur ist er seit zwölf Jahren.

# Im Stamm- tisch- modus



## Der Wahlkampf hat die Ethnisierung von Problemen vorangetrieben. Der Leitartikel

Von Mario Neumann

Während im Dezember 2024 in Syrien das Assad-Regime gestürzt und Gefängnisse geöffnet wurden, begann in Deutschland die heiße Phase eines Wahlkampfes. Letztlich war er nicht mehr als eine migrationsfeindliche Kakophonie. Die Wahl ist mittlerweile gelaufen und das Ergebnis verkündet. Dennoch wird es wohl eine ganze Zeit dauern, bis sich ihre tatsächliche, zweifellos historische Bedeutung erschließen wird. Rund zehn Millionen Stimmen hat die AfD im ganzen Land bekommen, in Ostdeutschland hat sie bis auf wenige Ausnahmen alle Wahlkreise gewonnen. Wahlkampf- und Schützenhilfe kam dabei nicht zuletzt aus den USA, genauer vom reichsten Mann der Welt: Elon Musk. Der leitet mittlerweile das „Department of Government Efficiency“ in den USA. Kürzlich schenkte ihm der argentinische Präsident Milei bei einem Besuch für diese neue Aufgabe öffentlichkeitswirksam eine Kettensäge – ein Symbol, mit dem Milei während seines Wahlkampfes aufgetreten war und mit dem er nach seiner Wahl zum Präsidenten gar nicht mehr symbolisch Hand angelegt hat an Sozialstaat, politische Rechte und das, was manche Bürokratie, andere Demokratie nennen.

Es konnte angesichts dieser unvollständigen Auflistung bereits im Wahlkampf keinen Zweifel daran geben, dass unsere Zeit eine des aufstrebenden Autoritarismus ist, der die zunehmenden geopolitischen Spannungen und

militärischen Eskalationen weltweit begleitet. Ein Autoritarismus, der keinesfalls bloß „von außen“, sondern aus der Mitte westlicher Demokratien und ihrer Eliten kommt. Zur Erinnerung: Es wollten auch hierzulande einige Spitzenpolitiker „mehr Milei und mehr Musk wagen“. Doch statt diesen sich schon lange abzeichnenden Realitäten im Wahlkampf mit einer angemessenen Debatte zu begegnen, wurden sie entweder hingenommen oder mit einem alten, aber deswegen nicht minder irrwitzigen Taschenspielertrick beantwortet.

### Ein anderes Land

So sollte nach Meinung der „Mitte“ wieder einmal die Verschärfung der Migrationspolitik, die stets auch mit einer Verschärfung der rassistischen Debatte einhergeht, das Wundermittel sein, mit dem rechtsextreme Parteien bekämpft oder sogar überflüssig gemacht werden. Wenn man die „illegalen Migranten“ loswürde, wäre man auch den Faschismus los. So weit, so falsch. Weil diese Rechnung nicht aufgeht, hat das wieder einmal nicht funktioniert – siehe zehn Millionen. Und weil es nicht funktioniert hat, wird man es jetzt noch einmal versuchen, noch ein bisschen härter. Man fragt sich: Wann wird Deutschland endlich verstehen, dass die Migration ebenso wenig Schuld am aufstrebenden Faschismus trägt wie Jüdinnen und Juden am Antisemitismus?

Mit diesem Wahlkampf und dem folgerichtigen Wahlergebnis ist Deutschland jedenfalls endgültig ein anderes, ein düsteres Land geworden. Der über Jahre von rechts etablierte und nun zum Common Sense gewordene Ton wurde nicht nur von Parteien und ihren Wähler:innen angeschlagen. Vielmehr hat er den gesamten medialen Raum durchzogen und von dort aus den Gesellschaftsvertrag der Einwanderungsgesellschaft aufgeködigt. Das haben viele Menschen mit Migrationsge-

Wann wird Deutschland endlich verstehen, dass die Migration ebenso wenig Schuld am aufstrebenden Faschismus trägt wie Jüdinnen und Juden am Antisemitismus?

schichte gehört und verstanden; in zahllosen Geschichten berichten sie davon, wie sie auf einmal zu den Straftaten anderer Stellung beziehen und sich distanzieren müssen. Besonders öffentlichkeitswirksam tat das ein afghanisches Mädchen nach dem Messerangriff in Aschaffenburg. Sie entschuldigte sich bei der Opferfamilie auf einer Mahnwache. „Menschen denken, weil ich eine Afghanin bin, dass ich böse bin.“

Rund um diese sich in erschreckender Häufigkeit ereignenden Anschläge, bei deren Besprechung es fast nur um die Nationalität der Täter, so gut wie nie um ihre soziale Situation und ebenso selten um die Opfer und ihre Angehörigen ging, hat sich beinahe unmerklich die Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme zum neuen State of Mind der deutschen Debatte entwickelt. Sie ist das Resultat einer neuen

Ordnung des Diskurses und das neue Angebot an die Massen einer autoritären politischen Kultur. Die Ethnisierung allen Unheils zieht sich wie ein roter Faden durch die deutschen Debatten der vergangenen Jahre. Der Antisemitismus ist ein Palästinenser, der Krieg ein Russe, der psychisch Kranke ein Afghane. Ein Land und seine Öffentlichkeit, das die Welt und sich selbst nicht mehr versteht und das langsam, aber sicher in sich zusammensackt, versucht, die real existierenden Probleme innenpolitisch in der Frage der Herkunft und außenpolitisch in einer der Kulturen und ihrer Werte aufzulösen; ein Land, das sich einredet, seine Krisen durch Migration erklären zu können: Das erinnert alles nicht zufällig an die USA.

„Only AfD can save Germany“

Ein Großteil der Medien trägt dafür eine vielerorts verspürte, doch viel zu wenig problematisierte Verantwortung. Mit den immergleichen Fragen haben sie eine eigene Form der Politik betrieben, ein rechtes Framing wie aus dem Lehrbuch: Journalist:innen, die mit einer teils unerträglichen Vehemenz danach riefen, dass migrationspolitisch „endlich etwas passieren muss“, nachdem sie es teilweise kaum abwarten konnten, die Anschläge mit der Migrationspolitik kurzzuschließen. Herkunft und Aufenthaltsstatus von Attentätern wurden darin zum eindeutigen Beleg verfehlter Migrationspolitik, um dann über die angezettelte Migrationsdebatte die großen sozialen und politischen Fragen unserer Zeit – Mietenwucher, Ukraine-Krieg, Klimakrise, Steuerhinterziehung, um nur einige zu nennen – regelrecht zu verschweigen.

Der französische Philosoph Étienne Balibar hat bereits vor über 30 Jahren darauf hingewiesen, dass es ein Kennzeichen des institutionellen Rassismus und seiner Diskurse ist, ihn der „Gesellschaft zuzuschieben“, während



er selbst permanent an seiner Befeuerung arbeitet. Genauso funktionierte der öffentliche Mechanismus der letzten Monate. Über seine herausragende Rolle bei der Verstärkung rassistischer Narrative und Vereinfachungen, ihres bedeutenden Einflusses auf das, was man heute das „Sicherheitsempfinden“ der Bevölkerung nennt, und die De-Thematisierung großer Probleme und Krisen müsste eigentlich noch zu reden sein. Nur wo?

### Migration macht Demokratie

Wo waren die großen Fragen dieser Zeit? Sie liegen auf dem Tisch, jede:r kennt sie. Wir leben in dramatischen Zeiten. Dem Kollaps der US-dominierten internationalen Ordnung folgt der absehbare Kollaps der politischen Mitte in Deutschland und die Schockstarre eines uneinigen, handlungsunfähigen Europa. Und über allem schwebt der Klimakollaps. Doch anstatt diese weithin anerkannten Fakten zu einem Lackmustest für journalistische Interviews im Wahlkampf zu machen, hat man sich für eine deutschlandweite Stammtischdebatte entschieden, die suggerierte, dass Frieden und Sicherheit in Europa eine Frage des Grenzschutzes sei.

Und nicht nur die großen Probleme waren abwesend, sondern auch die anderen Geschichten, die zu erinnern sich gelohnt hätte. Eine, die nicht etwa die Islamisierung des Abendlandes, sondern die Demokratisierung Europas hätte befeuern können, jährt sich bald zum zehnten Mal. Am 4. September 2015 machten sich vorwiegend syrische Flüchtlinge, die seit Tagen rund um den Budapester Bahnhof Keleti ausharrten, auf einen Fußmarsch ins 180 Kilometer entfernte Wien. Etwa 3.000 Menschen campierten in diesen Tagen im Untergeschoss des Bahnhofs. „Wir haben genug davon, auf dem Boden zu schla-

fen. Wir gehen nach Österreich.“ Sie gingen los, der Rest ist Geschichte: Die Geschichte des Sommers der Migration.

Als im Dezember des vergangenen Jahres das Assad-Regime in Syrien fiel, feierten Zehntausende Syrer:innen in Deutschland. „Das Volk will den Sturz des Regimes“ war eine Parole des Jahres 2011, die nach diversen Verwandlungen im Jahr 2015 Europas Grenzregime stürzte und nun Ende 2024 endlich in Syrien Realität geworden ist. Anstatt diese einzigartige Beziehung zwischen Deutschland und Syrien, in der sich die lange Geschichte eines Kampfes für Demokratie im Nahen Osten mit der Migration nach Deutschland verbindet, zum Anlass für eine Prüfung der gängigen Narrative zu nehmen, hat man sie in der aktuellen Migrationsdebatte schlicht ignoriert. Es kam einem zeitweise so vor, als wäre kaum jemandem aufgefallen, dass dieses Syrien der außenpolitischen Nachrichten etwas mit den syrischen Flüchtlingen zu tun hat, über die hier zeitgleich hergezogen wurde. Das Gleiche gilt für Afghanistan und die Abwesenheit der 2021 so dramatisch geendeten NATO-Mission in der Migrationsdebatte über afghanische Flüchtlinge. Wäre das alles anders, hätte man vielleicht gemerkt, dass die Frage der Migration eine der Demokratie und nicht der „Sicherheit“ ist. Es bleibt zu hoffen, dass die gar nicht mal so schlechten Wahlergebnisse derjenigen, die sich dem Stammtischniveau verweigerten, dazu beitragen, sie wieder angemessen zu stellen.



Mario Neumann vertritt seit Sommer 2024 medico im politischen Berlin. Er ist außerdem verantwortlicher Redakteur des rundschreibens.

# Was kommt der Freiheit

Alles hat ein Ende: Ein Schwerpunkt zum Sturz  
von Assad und zur Zukunft Syriens



# nach it?



Im Herzen von Damaskus, auf dem al-Hamidiya-Basar, herrscht Aufbruchstimmung.

# Ein neues Syrien

Eine Reportage aus Damaskus und Rojava

Von Anita Starosta

Auf dem Weg von Amman zur syrischen Grenze überholen wir in die Jahre gekommene Kleinwagen und Minibusse. Auf den Dächern stapeln sich meterhoch Matratzen, Kisten und Möbel. Die Nummernschilder der Fahrzeuge verraten, dass es sich um Rückkehrer handelt. Allein in Jordanien haben zuletzt über 700.000 syrische Flüchtlinge gelebt. Nun kehren Tausende zurück. Kaum haben sie die Grenze überquert, erwartet sie Ungewohntes: Die Grenzposten sind herausgeputzt, in einer Halle ertönt aus Lautsprechern ein Revolutionslied von 2011. Displays informieren nicht nur über ein vereinfachtes Einreiseprozedere, sie begrüßen die Ankommenden mit Worten, die bis vor Kurzem noch undenkbar waren: „Welcome to Syria, your homeland has missed you“ heißt es da, und: „Syria is the beginning: Be part of its bright future“.

Auch von den Männern an den Checkpoints werden wir freundlich begrüßt. Sie tragen das HTS-Abzeichen, aber keine einheitliche Uniform. Wir passieren ausgebrannte Panzer und zerstörte Kontrollpunkte. Früher, erzählt unser Fahrer, habe hier der Geheimdienst das Sagen gehabt. Immer habe man Schikanen über sich ergehen lassen müssen, immer wieder seien Leute bei den Kontrollen verhaftet worden. Das „früher“, von dem er spricht, ist gerade einmal sieben Wochen her. Anfang Dezember 2024 ist das Regime unter Staatspräsident Baschar al-Assad kollabiert. Niemand hat das so vorher-

gesehen. Und doch ist das Alte verschwunden. Aber hat das neue Syrien schon begonnen?

## Die neue alte Hauptstadt

Wir erreichen Damaskus. In der Hauptstadt sind die Spuren des Umsturzes unübersehbar. Die Migrations- und Passbehörde ist ausgebrannt, in der verwüsteten Zentrale der Baath-Partei schmücken zerrissene Plakate von Hafez al-Assad den Boden des Eingangsbereichs. Bewacht wird das Gebäude leidlich, drei junge HTS-Kämpfer stehen rauchend um eine Feuertonne herum. Die östlichen Vororte Ghoutas gleichen einem Trümmerfeld. Einst lebten hier 500.000 Menschen, im Bürgerkrieg war das Gebiet einige Jahre lang weitgehend unter Kontrolle oppositioneller Milizen. Das Regime ließ die Gegend mit russischer Unterstützung ausbomben. 2018 konnten Hunderttausende Bewohner:innen dann nach Idlib evakuiert werden.

Abseits der Ruinen aber pulsiert das Leben. Die Menschen schieben sich durch den al-Hamidiya-Basar, die Altstadt ist voller Familien, junge Leuten machen Selfies mit HTS-Milizionären. Es wirkt, als wollten alle das neue Syrien begrüßen und Teil davon sein. In den Cafés und Restaurants sind hingegen nur wenige Plätze belegt. Viele können sich den Besuch schlicht nicht leisten. Die Wirtschaft des Landes liegt am Boden, die Preise für Lebensmittel sind

weiterhin hoch. Umso wichtiger sind die öffentlichen Plätze. Sie sind wesentlicher Umschlagplatz der beginnenden Aufarbeitung der Gräueltaten des Regimes.

An den Tagen nach der Öffnung der Gefängnisse wurde der Al-Marjeh-Platz zu einem Forum der letzten Hoffnung: Verzweifelte Mütter hängten Fotos ihrer verschwundenen Söhne und Töchter auf und hinterließen Telefonnummern. Vielleicht war ihr Kind ja doch noch am Leben, vielleicht würde jemand den Menschen auf dem Foto erkennen. Es gibt über 120.000 dokumentierte Verschwundene, die Dunkelziffer ist weit höher. Gleichzeitig wird auf den Plätzen auch um die Gegenwart und Zukunft des Landes gerungen. Heute soll auf dem Al-Marjeh-Platz eine Mahnwache zum Schutz von Minderheiten stattfinden. Werden in dem multiethnischen und -religiösen Land alle Platz in dem neu aufzubauenden Gemeinwesen finden? Finden alle Schutz? Auch vor Ort hören wir Berichte von Übergriffen an und Verfolgungen von Alawiten, jener Volksgruppe, der auch die al-Assads angehören. Syrien ist ein Land voller Wunden und „offener Rechnungen“.

Im Café Rawda treffen sich Aktivist:innen, Intellektuelle und Heimkehrer:innen aus Europa. Früher habe man sich sicher sein können, dass an einem Nebentisch ein Agent des Geheimdiensts sitzt. Nun aber kann, zum ersten Mal seit ewigen Zeiten, offen geredet und auch gefeiert werden. Alle Anwesenden sind beseelt davon, dass sich die Tür für eine bessere und friedliche Zukunft des Landes geöffnet hat. Und allen ist bewusst, dass der Zivilgesellschaft und all jenen, die seit 2011 für ein demokratisches Syrien gekämpft haben, eine entscheidende Rolle dabei zukommt, diese Chance zu nutzen. Bis spät in die Nacht wird diskutiert – und auch die neue HTS-Regierung skeptisch beäugt. Zuviel ist bekannt über die Vergangenheit der Islamisten und ihrer Herr-

schaft in Idlib. Dass es bei der Machtübernahme zu wenig Blutvergießen gekommen ist, sehen viele als Zeichen einer möglichen friedlichen Zukunft. Die nun endlich errungenen Freiräume wollen sich die Menschen nicht noch einmal nehmen lassen.

Wie der Weg aussehen wird? Laut Plan der neuen Machthaber soll ein Komitee eingerichtet werden, das in einem nationalen Dialog die Zusammensetzung einer möglichen Regierung und die Demokratisierung Syriens berät. In drei Jahren soll eine neue Verfassung stehen, in vier Jahren sollen dann Wahlen stattfinden. Vonseiten der syrischen Zivilgesellschaft gibt es aber auch Kritik, berichtet uns die medico-Partnerin und Frauenrechtlerin Huda Khaity. Es mangle an Transparenz über die Entscheidungsprozesse und die Zusammensetzung des Komitees.

## Die Hölle von Syrien

Nördlich von Damaskus, inmitten goldschimmernder Berge, liegt das gefürchtete Militärgefängnis von Sednaya. Seit 2012 waren hier hauptsächlich politische Gefangene untergebracht, Zehntausende sind gestorben. Am 8. Dezember 2024 wurden 2.000 Inhaftierte aus den Zellen befreit. Auf die Mauern des Eingangstors ist die Fahne der syrischen Revolution gemalt, darunter steht der Satz „Das menschliche Schlachthaus – Wir werden nicht vergessen, wir werden nicht verzeihen“. Wir folgen der Straße, die sich den Hang hinauf zum Hauptgebäude schlängelt. Vor dem Eingang des furchteinflößenden Gebäudes ist der Straßenbeton aufgebrochen. Auch hier wurde nach Geheimzellen gesucht. Als wir den Komplex betreten, zieht uns Verwesungsgeruch in die Nase. Da ist der Feldgerichtshof, in dem Tausende Todesurteile gefällt worden sind; da sind Käfige, in denen die Inhaftierten auf ihre

Verurteilung warten mussten; da ist der Hof, in dem die Exekutionen vollzogen wurden. Je näher wir den Sammelzellen kommen, umso beißender wird der Gestank. In diesen dunklen Räumen, vielleicht 20 Quadratmeter groß, wurden jeweils bis zu 100 Menschen eingesperrt. Später werden uns Überlebende vom System des Terrors erzählen, von allen erdenklichen Formen von Gesprächsverboten, Denunziation, Vergewaltigung und Folter. Für die Inhaftierten ging es nicht darum, zu überleben. Es ging darum, möglichst schnell zu sterben. Was aus diesem Ort des Schreckens nun werden soll, weiß niemand so genau. Gerechtigkeit und Aufklärung, unter Einbeziehung der Opfer, eine Bestrafung der Täter, egal ob sie sich ins Ausland abgesetzt haben oder noch im Land leben – das wünschen sich viele. Der Weg dahin ist lang.

### Anwälte im Untergrund

Zurück in Damaskus. Wir leuchten uns mit dem Handy den Weg durch ein dunkles Treppenhaus. In Büroräumen treffen wir die Anwältin Jihan und die Anwälte Hussein, Adil und Amar. Es ist ein besonderer Moment. Denn für die vier ist es die erste persönliche Begegnung seit langer Zeit. „Wir alle waren in diesem Land eingesperrt“, sagt Hussein. „Niemand hätte ich mir vorstellen können, dass wir uns einmal in einem eigenen Büro mit einer internationalen Menschenrechtsorganisation treffen werden.“ Wir reden stundenlang. Es wird viel gelacht, aber es fließen auch Tränen. An einer Wand des Büros hängt die syrische Revolutionsfahne.

Die vier sind Teil des von medico unterstützten Netzwerkes von Anwält:innen des Center for Legal Studies and Research (The Center). Einige Mitglieder haben in den vergangenen Jahren aus dem Exil Menschenrechtsarbeit geleistet, darunter der Anwalt Anwar al Buni, der von Berlin aus Verfahren vor europäischen Gerichten



Die Gefängnistüren Sednayas stehen seit dem 8. Dezember offen. Was aus dem Ort werden soll, ist unklar.

gegen syrische Täter geführt hat. Sie selbst haben teils unter Lebensgefahr in Syrien im Untergrund gearbeitet. So lange und so gut es ging, haben sie Inhaftierte in den Zivilgefängnissen mit Geld, Kleidung oder Hygieneprodukten versorgt, politische Gefangene vertreten und versucht, die Vollstreckung von Todesstrafen abzuwenden. 23 Freisprüche haben sie erwirken können und innerhalb des korrupten Systems

immer wieder Wege gefunden, Prozesse zu führen. Oft waren sie für die Häftlinge die einzige Verbindung zur Außenwelt. Manche von ihnen halten auch nach ihrer Befreiung weiter Kontakt. Aber vielen fällt es schwer, wieder Fuß zu fassen, erzählt Hussein. Es geht um Menschen wie Sinan, unseren Begleiter in Damaskus. 2011 hatte er sich als 23-Jähriger im zivilen Widerstand engagiert. Die Häscher des Systems erwischten ihn, er kam in ein Foltergefängnis des Geheimdienstes. Er überlebte, und weil seine Familie zahlte, wurde er in das Zivilgefängnis Adra überführt. Zwölf Jahre saß er insgesamt in Haft, vor sechs Wochen wurde er befreit. Noch immer spricht er den Namen Assads nicht laut aus. „An die Freiheit“, sagt er einmal, „muss ich mich erst wieder gewöhnen.“

„Es gibt Tausende solcher Fälle“, berichtet Amar und zeigt auf die Dutzenden Kartonkisten, die sich überall in den Büroräumen stapeln. In einigen befinden sich Dokumente aus Sednaya. Amar öffnet eine Mappe und zieht Unterlagen heraus: Urteilssprüche, ID-Karten der Inhaftierten, Abzeichen der Wärter, Listen. Hunderttausende Akten aus dem Repressionsapparat des Regimes konnten die Anwält:innen sichern. Die Kolleg:innen haben bereits Freiwilligenteams ausgebildet, die helfen sollen, die Unterlage nach internationalen Standards zu bearbeiten. Der Aufbau einer Datenbank ist zentral für die strafrechtliche Aufarbeitung und das, was in der Fachsprache „transitional justice“ heißt. Die HTS-Regierung unterstützt diesen Prozess bislang. Doch das Team von The Center schaut nicht nur zurück. Es verfolgt auch aufmerksam, was aktuell in Syrien geschieht. Denn weiterhin werden Menschenrechtsverletzungen begangen, seien es willkürliche Verhaftungen oder extralegale Tötungen. Auch sie, davon sind die Anwält:innen überzeugt, müssen geahndet werden. Denn ohne eine gerechte Justiz kann es keine echte Demokratie geben. Jihan sagt es so: „Die Ver-

brechen des syrischen Regimes dürfen nicht mit neuen Händen begangen werden.“

Was bleibt von Rojava?

Ganz anders ist die Lage bei unserem Besuch in Rojava. Unsere erste Station ist die Großstadt Qamişlo. Zwar ist die Region seit einem Abkommen von 2012 de facto selbstverwaltet – damals zog sich das Regime zurück und überließ es den kurdischen Selbstverteidigungseinheiten (SDF), die Milizen des „Islamischen Staates“ zu bekämpfen. Abwesend war die Diktatur aber keineswegs. Bis zuletzt hatte sie etwa den Flughafen Qamişlo und einzelne Stadtteile unter Kontrolle. Zudem war syrisches und russisches Militär infolge der türkischen Angriffe 2019 in der Region stationiert, ein Abkommen im Überlebenskampf der Selbstverwaltung. Und heute? In einem Verkehrskreisel liegen die Überreste einer zerstörten Statue von Hafez al-Assad. Dass hier niemand der Baath-Partei hinterhertrauert, ist Ergebnis einer langen Geschichte. Über Jahrzehnte sind den Kurd:innen nur eingeschränkte Rechte zugestanden worden und wurde der Nordosten bewusst unterentwickelt gehalten. Stattdessen gab es Regierungsprojekte zur „Arabisierung“ der Region. In den arabisch geprägten Städten gibt es daher auch Zuspruch zur neuen HTS-Regierung. Auch alte antikurdische Ressentiments kochen wieder hoch.

In Qamişlo treffen wir die medico-Partner:innen und viele alte Bekannte. Die Unsicherheit hinsichtlich des neuen Syriens ist noch größer als in Damaskus. Der Schmerz und die Erfahrungen mit al-Nusra, der Vorgängerorganisation der HTS, und all den anderen radikalislamistischen Gruppen sitzen zu tief, um sich vom Freudentaumel im Rest des Landes mitreißen zu lassen. Genährt wird die Skepsis durch Nachrichten wie die, dass ein Führer einer islamisti-

schen Miliz, die 2019 gezielt die kurdische Politikerin Hevrin Khalef ermordet hat, in die Übergangsregierung berufen worden ist. Immerhin: Unter der Führung des SDF-Kommandeurs Mazloum Abdî haben erste Gespräche mit der HTS-Regierung stattgefunden, Absichtserklärungen geben Anlass für leise Hoffnung. Doch den Worten müssen Taten folgen.

Inzwischen ist klar geworden, dass weder Vertreter:innen der Selbstverwaltung Nordostsyriens noch andere Minderheiten Teil des nationalen Übergangskomitees werden sollen. Doch die Kurd:innen kommen nicht umhin, mit der neuen Regierung zu verhandeln. Gleichzeitig gibt es rote Linien. Es geht um politische Freiheitsrechte, um die Verwaltung der Städte, um eine gerechte Aufteilung der Ressourcen und die Frage nach der künftigen Rolle der SDF-Kräfte. Hierzu organisiert die Selbstverwaltung in-

zwischen einen internen Dialogprozess. „Niemand wird das, was hier in den letzten zehn Jahren erkämpft wurde, aufgeben – vor allem nicht die Frauenrechte“, sagt uns Evin bei einem Treffen in Hasakeh. Sie war Teil der Frauenkommission der Selbstverwaltung. Aktuell sind Führungspositionen in Rojava paritätisch besetzt. Es gibt Gesetze zum Schutz gegen Gewalt an Frauen, die Mehrfachehe ist verboten, Frauen und Männer haben gleiche Chance in Bildung und Militär. Ob all das im neuen Syrien Bestand haben wird, ist eine der vielen offenen Fragen.

### Endlose Vertreibung

Unterdessen hat sich die Bedrohung Rojawas massiv verschärft. Die türkisch finanzierte Syriean National Army [SNA], die auch aus der Freien Syrischen Armee hervorgegangen war und seit



Keine Perspektive in Rojava: In einem Flüchtlingslager kommen weitere Vertriebene an.



2016 Teile der kurdischen Gebiete in Nordsyrien besetzt, nutzte den Vormarsch der HTS im Dezember 2024 für neuerliche Vorstöße ins Autonomiegebiet. Tel Rifat/Shebha und die Stadt Manbidsch haben die kurdischen Einheiten aufgeben müssen. Inzwischen steht die Stadt Kobanê – seit der erfolgreichen Vertreibung des IS Symbolort der kurdischen Selbstbehauptung – unter Beschuss. Die Offensive hat auch erneut massive Fluchtbewegungen ausgelöst. Anfang Dezember mussten 120.000 Menschen über Nacht nach Tabqa und Raqqa fliehen, die meisten unter ihnen waren erst wenige Jahre zuvor von der SNA aus Afrin vertrieben worden. Die Nothelfer:innen des Kurdischen Roten Halbmonds haben, mit Unterstützung von medico, zumindest notdürftige Infrastrukturen aufgebaut. Die Ankommenden werden in Schulen, Moscheen, Gemeindezentren und Stadien, aber auch in ehemaligen Regimegebäuden untergebracht. Mit unseren Partner:innen vom Kurdischen Roten Halbmond besuchen wir die Notunterkünfte in Qamişlo und Hasakeh. Es fehlt hier an allem, die Versorgungslage ist katastrophal. Internationale Nothilfe gibt es kaum. Die Solidarität in der Bevölkerung ist hingegen groß: Viele haben Privatwohnungen für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, Sachspenden gesammelt und Angebote für Kinder organisiert.

Die nächste Station ist das Newroz-Camp bei Derik im nordöstlichsten Zipfel des Landes. Es ist eines von insgesamt vierzig Flüchtlingslagern in der Region, alle werden gebraucht, immer wieder, für immer neue Vertriebene und Flüchtende. Die Verwaltung des Camps hat nicht viel Zeit für uns: Knapp 16.000 Menschen leben aktuell hier, täglich werden es mehr. Gerade sind 51 Familien aus den Städten Raqqa und Tabqa angekommen. Es fehlen Zelte, die Infrastruktur für sanitäre Anlagen und Hilfsgüter reicht nicht aus. Dennoch laden Männer und Frauen aus großen Trucks ihr Hab und Gut ab.

Viel ist es nicht. Verzweifelt steht eine Frau vor uns. Sie erzählt, dass sie aus Shebha vor den Islamisten fliehen musste. In Tabqa habe sie auf der Straße geschlafen, in Raqqa in einer Schule. „Wir sind einmal durch ganz Syrien geflohen und stehen doch vor dem Nichts.“

Plötzlich herrscht Aufregung. Die nächste Hiobsbotschaft ist eingetroffen: Trump hat die US-amerikanische Entwicklungshilfe per Dekret gestoppt. Es ist noch nicht klar, was das für die Menschen hier, die ohnehin einen Abzug der US-amerikanischen Truppen fürchten, bedeutet. Aber Schlimmes steht zu befürchten. Bislang werden mit US-Geldern Wasser und Brot bezahlt, zudem das Verwaltungspersonal. In den nächsten Tagen wird uns wiederholt berichtet, dass Mitarbeiter:innen lokaler Hilfsorganisationen, die über USAID finanziert werden, per E-Mail gekündigt worden ist, kurz und knapp. Knapp 300 Leute wird es treffen, schätzt unser Begleiter Ossama. Es gibt mindestens 500.000 Menschen in der Region, die über Hilfgelder versorgt werden. Er selber hat an einem ökologischen Entwicklungsprojekt mitgewirkt und ist nun arbeitslos.

Beim Abschied macht sich ein ambivalentes Gefühl breit. Der Sturz des Regimes hat die Koordinaten verschoben und Räume geöffnet. Wohin sich Syrien entwickelt, ist noch nicht abzusehen. Doch während die Menschen in weiten Teilen des Landes nun etwas zu gewinnen haben, geht es im Nordosten darum, nicht noch mehr, wenn nicht gar alles zu verlieren.



Anita Starosta reist seit Jahren in den Nordosten Syriens. Ein Besuch von Damaskus war bis zum 8. Dezember unvorstellbar – jetzt traf sie dort die medico-Partner:innen.

# Vier Merkmale des Terrors

Nur, wer die Natur des Assad-Regimes begreift, kann die Herausforderungen verstehen

Von Yassin al-Haj Saleh

In ihren oftmals dahingesagten Kommentaren werfen viele Menschen in Europa, aber auch im Nahen Osten, einen eher skeptischen Blick auf die Lage in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes. Sie glauben zu erkennen, was sie ohnehin sehen wollen, und sind zugleich frustriert darüber, dass nicht alles ihren Vorstellungen entspricht. Anekdotisch werden Ereignisse aufgezählt, die den eigenen Blick bestätigen. Im syrischen Universum aber sind die Dinge im Moment flüchtig und formlos. Man findet für jede mögliche These, die einem gefällt oder nicht, die passenden Beispiele. Der Blick von außen zwingt einem Land, das in den letzten 14, ja 54 Jahren so sehr gelitten hat, die eigenen Prioritäten auf und zeigt keinen Respekt für das syrische Volk. Aber abgesehen davon gelingt es diesem Blick nicht einmal, das, was er vermeintlich zu Recht sieht, auch ins rechte Licht zu rücken. Denn er hat keinen blassen Schimmer davon, was in Syrien zu Ende gegangen ist.

Ewigkeit

Ich möchte deshalb hier vier Elemente hervorheben, die die politische Herrschaft der

Assads ausgezeichnet haben. Eine 54-jährige Herrschaft, die im Dezember 2024, also vor wenigen Wochen, untergegangen ist. Erstens muss die erdrückende, auf Ewigkeit ausgerichtete, unerbittliche Kontinuität genannt werden, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang über eine extrem junge Gesellschaft herrschte. 96 Prozent der Bevölkerung sind unter 60 Jahre alt und kennen nichts anderes als die Assad-Herrschaft. Das Regime hatte das „Für immer“ zu seinem obersten Prinzip gemacht, ja zu seiner eigentlichen Verfassung. Jeden Morgen beschworen Schülerinnen und Schüler die Ewigkeit dieser Herrschaft. Seit den 1980er-Jahren, genauer gesagt seit dem Massaker von Hama im Februar 1982, dem bis zu 40.000 Einwohner:innen der Stadt zum Opfer fielen, mussten die Wehrpflichtigen in der Armee einen Eid darauf leisten. Zur selben Zeit errichtete man überall im Land Statuen von Hafiz al-Assad. Auch sie sollten die Unvergänglichkeit seiner Herrschaft versinnbildlichen.

Als sein Sohn Baschar im Jahr 2000 das Erbe des Vaters antrat, war dies lediglich eine Fortsetzung dieses Millenarismus. Das Prinzip der Ewigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Literatur und das Selbstbewusstsein poli-

tisch-theologischer Bewegungen. Seine Übertragung in die Moderne fand der Millenarismus etwa in der Heraufbeschwörung des Dritten Reiches, das 1000 Jahre währen sollte. Es ist deshalb nur logisch, dass diese Ewigkeit mit einer besonderen Modalität der Zeit einherging: Sie bestand in einer permanenten Gegenwart, die Vergangenheit und Zukunft aufhob und sich in einem ständigen Krieg gegen den Wandel befand, der jegliche denkbare Alternative zu vernichten suchte.

### Herrschaft des Genos

Das zweite Element ist der Völkermord. Man kann durchaus eine Debatte darüber führen, ob das, was Syrien zwischen März 2011 und Ende 2024 erlebte, ein Fall von Völkermord war. Aber unbestreitbar ist, dass es genozidale Anteile

Das Prinzip des „Für immer“ führte zu einem Krieg gegen den Wandel, der jegliche denkbare Alternative zu vernichten suchte.

gab. Das hängt im Wesentlichen mit dem zusammen, was wir in Syrien und im Nahen Osten *ta'fiyya*, Sektarismus, nennen. Es handelt sich dabei um von oben gesteuerte Prozesse der Politisierung ererbter konfessioneller Differenzierungen, die zu ausgrenzenden politischen Einheiten, zu „Sekten“ wurden. Sie sind keine natürlichen Gemeinschaften in unseren Mosaik-Gesellschaften, wie eine überholte, aber immer noch vorherrschende Soziologie des Nahen Ostens meint; sie sind durch Diskriminierungs-

prozesse, das systematische Fördern von Misstrauen, das Schüren von Angst, aber auch durch Folter und Massaker politisch konstruiert worden. Das ist mit Sektarismus gemeint. Die Sektarisierung der Sicherheitsdienste kurz nach der Machtergreifung von Hafiz al-Assad im Jahr 1970 war in Syrien entscheidend für die Konstruktion dieser Sekten aus konfessionellen und ethnischen Zuschreibungen. Denn zeitgleich machten die Geheimdienste Schluss mit politischen Parteien und sozialen Organisationen. Die Produktion von Sekten macht den Demos und damit die Möglichkeit von Demokratie zunichte und stellt stattdessen den Genos, den Stamm, die Herkunft in den Vordergrund. Es entsteht die kulturelle Gruppe, die fest installiert werden muss, egal, ob es sich dabei um die Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit handelt oder umgekehrt. So wie die Abschaffung des Demos die Demokratie unmöglich macht, so macht die Herrschaft des Genos den Völkermord denkbar. So kann der Genozid zur legitimen Methode des Regierens werden. Als Herrschaft des Genos bezeichnen lassen sich so vermeintlich unterschiedliche Phänomene wie White Supremacy, die *Hindutva*, der Zionismus, der Islamismus, der Sektarismus der Assads und viele mehr. Alle diese Bewegungen bergen das Potenzial zum Völkermord oder zum Massaker, wenn sie nicht bereits in solche Verbrechen verwickelt sind.

Das Assad-Regime hatte sich lange Zeit mit dem Schutz von Minderheiten gerechtfertigt. Es stützte sich auf eine eingeübte koloniale Herrschaftsform, die heute, nach dem Sturz des Regimes, viele europäische Politiker:innen erneut zur Leitidee ihres Blickes auf Syrien machen. Mit der Etablierung des auf dem Genos beruhenden Herrschaftssystems standen der Völkermord oder völkermörderische Massaker jedoch vor der Tür; bereits vor dem Ende des ersten Jahrzehnts der Assad-Herrschaft fanden sie folgerichtig dann auch statt.

Deshalb gehen viele Beobachtungen aus dem Westen fehl, wenn sie von einem autoritären Regime oder einer Diktatur in Syrien sprechen. Denn sie übersehen, dass die Diskriminierung das Wesen des Regimes ausmachte. Eines Tages sollte man ein Buch über die westliche „Forschung“ zu Syrien und der nun vorübergegangenen Ära der Assads schreiben. Es würde sich möglicherweise herausstellen, dass viele Forscher:innen eine ethische und epistemologische Verantwortung für Hunderttausende Tote in Syrien tragen. Wahrscheinlich liegen die Gründe in einer dem Sektarismus wesensverwandten, kolonialen Denkart.

### Politische Armut

Viele Menschen in Europa und selbst im Mittleren Osten können sich nicht vorstellen, dass gemeinsame Aktivitäten wie das Säubern eines Platzes oder einer Straße, der Aufruf, keine Bestechungsgelder zu zahlen oder entgegenzunehmen oder das Treffen in privaten Räumen, um Bücher zu lesen, systematisch mit Gewalt unterdrückt wurden. Wir reden nicht über die Organisierung von Protesten, die Gründung von Gewerkschaften oder politischer Parteien. Genau so geschah es beispielsweise in Darayya, einer Stadt in der Nähe von Damaskus, wo eine Gruppe junger Männer und Frauen sich genau das vornahm: Die Stadt zu säubern, das Nichtrauchen zu fördern, gemeinsam Bücher zu lesen und Bestechung zu bekämpfen. 2003 wurden sie verhaftet und einige von ihnen verbrachten drei Jahre im Gefängnis. Ein respektierter religiöser Denker, Abd el-Akram al-Sakka, hatte die Gruppe unter seiner Obhut. Er wurde 2011 wenige Monate nach Beginn der syrischen Revolution festgenommen, gefoltert und umgebracht. Seine Familie erfuhr von seinem Tod erst im August 2024.

2007 lebten 37 Prozent der syrischen Bevölke-

rung unter der Armutsgrenze von zwei Dollar am Tag, aber 100 Prozent litten seit Jahrzehnten unter extremer politischer Armut. Das ist das dritte Kennzeichen, von dem ich hier reden möchte. Man konnte sich nicht auf öffentlichen Plätzen versammeln und für sich selbst sprechen. Der Preis der politischen Armut waren lange Jahre im Gefängnis, Folter und Masaker. Nebenbei wurde so auch der Weg für

Der Sturz des Assad-Regimes war ein unerwartetes Wunder. Es handelt sich um nicht weniger als eine zweite Unabhängigkeit Syriens.

theologische Gruppen geebnet, die sich objektiv und organisch als Opposition in einer unpolitischen Politik entwickeln mussten. Denn die Versammlungen von Gläubigen in der Moschee oder von Betenden, die sich des Heiligen Textes annahmen, konnte das Regime nicht auflösen. Glaube war keine Meinung, die man zum Schweigen bringen konnte. Deshalb kam den religiösen Praktiken die Aufgabe zu, die politische Armut einzuschränken. Andere Praktiken gab es nicht.

### Verkommenheit

Das vierte Element, das Nicht-Syrer:innen häufig entgeht, ist die Verkommenheit der Assad-Familie und ihrer Regime-Elite, ihre extreme Gier, ihre dumpfe und dumme Gewalt aus Undiszipliniertheit, Erniedrigung, Rachedurst – und das alles immer gemischt mit obszönen Verbalinjurien, also schlicht ihre extreme Vul-

garität. Folter definierte den Assadismus, so wie sie auch das Wesen des Nationalsozialismus war, wie Jean Améry schrieb. Die Assadis wollten alles für sich selbst: die Macht, das Geld, Immobilien, Frauen, Sklaven oder Halbsklaven, die für sie arbeiten mussten und meistens aus der Armee kamen, und Waffen. Sie hatten keinen anderen Wunsch, als ewig an der Macht zu bleiben, und genau deshalb gaben sie vor, altruistische Motive zu haben. Sie konstruierten ihr Regime so, dass es in der Lage war, jede Gefahr mit absoluter Gewalt niederzuschlagen, wenn es sein musste sogar mit chemischen Waffen. Aber am Ende brach das Regime in sich selbst zusammen, und es fiel kaum ein Schuss. Sofort gab es überall große Feierlichkeiten der Bevölkerung, weil die Menschen in ihren Körpern und Seelen wussten, welchen Alptraum sie in den vergangenen Dekaden durchleben mussten. Politisch waren wir alle Sklav:innen, denn die Assadisten regierten Syrien nicht, es gehörte ihnen; den Staat hatten sie privatisiert und die Mehrheit der Menschen ausgeschlossen. Selbst die, die Angst hatten vor dem, was nach diesem Regime kommen würde, verachteten es zutiefst. Die feige Flucht von Assad, ohne eine letzte Erklärung an seine Unterstützer:innen, geschweige denn an das syrische Volk abzugeben, setzte dem Ganzen die Krone auf.

Assadismus ist dieses Amalgam aus behaupteter Ewigkeit, Massakern, Vernichtung, extremer politischer Armut und Verkommenheit, eine Kombination aus Blutrünstigkeit und Trivialität. Manche fordern nach dem 8. Dezember 2024, dass man ein nationales Gesetz verabschieden müsse, das die Verleugnung der Assad-Verbrechen unter Strafe stellt, angelehnt an das Verbot in Deutschland, die Nazi-Verbrechen zu leugnen. Man kann geteilter Meinung darüber sein, weil man den Missbrauch eines solchen Gesetzes fürchten muss, aber allein die Forderung symbolisiert die schreckliche Einzigartig-

keit des Assad-Regimes. Sein Sturz war ein unerwartetes Wunder nach einer langen Zeit von Verlust, Vertreibung und Verzweiflung.

Die Herausforderungen sind immens und wirklich kraftraubend. Es handelt sich um nicht weniger als eine zweite Unabhängigkeit Syriens. Es geht um eine komplexe Angelegenheit der Nationswerdung. Dazu gehört ein wirtschaftlicher Kraftakt, eine Art Marshallplan, damit die Wirtschaft wieder ins Laufen kommt und um die wichtigsten öffentlichen Dienste zu gewährleisten. Aus einer syrischen Perspektive liegt die Priorität aber auf einem inklusiven System. Das ist die wirkliche Infrastruktur für Wirtschaftswachstum und eine neue, bessere nationale Moral. Die zentralen Prioritäten sollten klar sein: politische Pluralität und regelmäßige freie Wahlen, Staatsbürgerschaft und gleiche Rechte, Versammlungsfreiheit und eine freie Presse, die die Macht kritisieren kann. Die Ära der Ewigkeit, der Herrschaft des Genos, der politischen Armut und der Verkommenheit muss endgültig vorbei sein. In der neuen Zeit haben wir genügend neue Schlachten zu schlagen.

Regierungen und ausländische Journalist:innen haben bislang mit ihrem Blick von außen kein adäquates Verständnis, geschweige denn eine Antwort auf diese dramatische Situation und ihre Herausforderungen entwickelt. Jetzt geht es aber um uns und nicht um Euch, Ihr Politiker:innen der reichen, sicheren und prosperierenden Länder.



Yassin al-Haj Saleh reiste kürzlich zum ersten Mal seit über 10 Jahren in seine syrische Heimat. Er lebt im Berliner Exil und zählt zu den bedeutendsten syrischen Schriftstellern der Gegenwart.

# „Wir sind vorbereitet“

Die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen in Syrien zeigt, wozu das Völkerrecht in der Lage sein könnte. Ein Interview mit der Anwältin Joumana Seif



Die syrisch-deutsche Anwältin Joumana Seif arbeitet beim medico-Partner European Center for Constitutional and Human Rights [ECCHR].

**Der syrische Schriftsteller Yassin Al-Haj Saleh beschrieb die Assad-Diktatur bereits vor einiger Zeit als eine organisierte Tötungsindustrie. Welches Bild bietet sich uns heute?**

Das Ausmaß der Verbrechen ist in der Tat ungeheuerlich: das Töten, die Folter, das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen. Von etwa 150.000 Personen fehlt jede Spur, und dabei handelt es sich nur um die dokumentierten Fälle. Seit die Gefängnisse geöffnet wurden, müssen wir davon ausgehen, dass die meisten von ihnen nicht mehr leben. Die Unsicherheit über das Schicksal ihrer Lieben ist für die Angehörigen unvorstellbar. Insofern: Ja,

dieses Regime war eine Tötungs- und Foltermaschine, eine Industrie der sexuellen Verbrechen und vieler anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Man denke nur an den Einsatz von Zehntausenden Fassbomben oder von Chemiewaffen und die gewaltsame Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen.

**Angesichts der Brutalität und Dauer des syrischen Regimes: Ist es überhaupt möglich, die Verbrechen auf juristischem Weg aufzuarbeiten? Was müsste dazu geschehen?**

In Syrien ist ein integrierter Prozess der „Transitional Justice“ nötig. Also ein Paket von Maßnahmen, die den Übergang in die Herrschaft des Rechts organisieren, Gerechtigkeit schaffen und Transparenz über die Verbrechen herstellen. Die obersten Verantwortlichen, inklusive Baschar al-Assad und seine Familie, sowie die Verantwortlichen der Geheimdienste müssen vor Gericht gestellt werden. Das ist das Mindeste. Das fordern auch die Angehörigen-Organisationen, die sich im Februar mit dem Übergangspräsidenten getroffen haben. In einer Erklärung haben sie klargestellt, dass sie an diesem Prozess mitwirken wollen, und haben die internationalen Institutionen des Rechts und Organisationen für Menschenrechte aufgerufen, ihn gemeinsam mit ihnen in die Wege zu leiten.

**Wie konnten sich Angehörigenorganisationen so schnell als wichtiger Akteur konstituieren?**

Im Exil haben syrische Menschenrechtsorganisationen schon lange an der Aufarbeitung der Verbrechen gearbeitet. Sie waren daran beteiligt, dass die UN-Vollversammlung bereits 2016 eine Institution geschaffen hat, der die Aufgabe zufiel, die syrischen Menschenrechtsverbrechen zu dokumentieren, über sie zu informieren und sie zu analysieren. Dieser „International, Impartial and Independent Mechanism – Syria (IIIM)“ war für die Zivilgesellschaft extrem wichtig. Letztes Jahr wurde ein weiterer Mechanismus geschaffen, um Informationen über vermisste Personen zu bündeln – die Internationale Institution für vermisste Personen in Syrien (IIMP). Dank dieser Organisationen verfügt die Zivilgesellschaft mittlerweile über große Expertise. Wir sind also gut vorbereitet. Aber wir brauchen technische und finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der EU.

**Die Idee „Transitional Justice“ ist seit den 1990er-Jahren vielfach angewandt worden. Was kann der syrische Prozess zum Beispiel von den Erfahrungen in Chile oder in Südafrika lernen?**

Diese Prozesse fanden unter anderen Bedingungen statt. Wir werden dennoch versuchen, aus ihnen zu lernen und bestimmte Fehler zu vermeiden. Ein wichtiges Beispiel ist für mich eine stärkere Einbeziehung der Frauen. Es gab häufig keine Entschädigung für Verbrechen sexueller Gewalt gegen Frauen. Wir brauchen Richterinnen und Anwältinnen. Und die Hürden in den Gerichtsverfahren müssen gesenkt werden, damit Frauen ihre Gewalterfahrung überhaupt aussprechen und anklagen. Für mich wird das eine zentrale Aufgabe: An der Frage zu arbeiten, was die Institutionen den Frauen zur Verfügung stellen müssen, damit sie offen und geschützt sprechen können.

**Es gab die Verbrechen der 50 Jahre anhaltenden Diktatur, es gab die Kriegsverbrechen während des Bürgerkriegs, es gab aber auch aufseiten der bewaffneten Gruppen Verbrechen wie Morde und Kidnapping von nichtreligiösen Beteiligten der syrischen Revolution. Wie geht man mit diesen unterschiedlichen Tatbeständen um?**

Recht ist Recht. Und Straflosigkeit kann es für niemanden geben. Aber man darf nicht vergessen, dass laut internationaler Studien 80 bis 90 Prozent der Verbrechen vom Regime begangen wurden.

**Eigentlich muss man nicht nur von Transitional Justice, sondern auch von Transnational Justice sprechen. In verschiedenen Ländern, darunter in Deutschland, laufen Verfahren gegen syrische Beschuldigte.**

Das stimmt. Wir arbeiten seit langem daran, die Straflosigkeit gegen syrische Täter zu beenden – mithilfe der Möglichkeiten, die uns die Justiz in verschiedenen Ländern und auf internationaler Ebene bietet. Seit 2011 gibt es eine unabhängige Untersuchungskommission zu Syrien beim UN-Menschenrechtsrat in Genf. Hier werden Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Syrien verfasst. Dann kommt das Weltrechtsprinzip hinzu, das im Zuge der strafrechtlichen Verfolgung von Völkerrechtsstraftaten auch in Deutschland gilt. Damit war es möglich, in Koblenz, in Frankfurt und an anderen Orten Prozesse gegen syrische Folterer durchzuführen, obwohl die Taten nicht in Deutschland stattfanden und weder Angeklagte noch Opfer aus Deutschland stammten. Deutschland hat im Namen der Weltgemeinschaft diese Prozesse geführt, weil universell geschützte Werte verletzt wurden.

**Welche Rolle spielt dabei der Prozess in Koblenz, bei dem zwei Geheimdienstoffiziere, denen Folter und Morde nachgewiesen werden konnten, verurteilt wurden?**

Das Al-Khatib-Verfahren war der erste Prozess weltweit zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit des syrischen Regimes, deshalb ist es auch international von erheblicher Bedeutung. Im Verfahren verschaffte sich das Koblenzer Gericht einen Gesamtüberblick über die politische Situation in Syrien und das System der sich gegenseitig kontrollierenden Geheimdienste, die seit dem ehemaligen Präsidenten Hafiz al-Assad die Bevölkerung gewaltsam unterdrückten. Der Fokus des Verfahrens lag auf den Verbrechen des Regimes seit Beginn der Revolution, insbesondere der Verbrechen des Allgemeinen Geheimdiensts in der sogenannten Al-Khatib-Abteilung. Zum ersten Mal wurden gerichtlich Beweise gesammelt und rechtlich eingeordnet. In zukünftigen Verfahren, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene, kann man hierauf zurückgreifen. Wir beginnen also nicht bei null. Wir haben bei jedem Prozess sehr viel gelernt. Wir haben gelernt, welche Beweise wir brauchen und welche Rolle die Überlebenden in solchen Verfahren spielen können.

**Ist der von der Übergangsregierung angekündigte verfassungsgebende Prozess eine Möglichkeit, sich ein anderes nationales Selbstverständnis zu geben als der arabische Nationalismus der Baath-Partei, der auch eine Herrschaft einer Minderheit war?**

Ja, dafür sollte er sorgen. Es gibt das Verfassungskomitee und das gesetzgebende Komitee. Von hier aus muss der Prozess starten. Unter den Syrer:innen und der Zivilgesellschaft sollten die Debatten beginnen. Die künftige Verfassung muss für ein Ende der Straflosigkeit, die Abschaffung jeder Form von Diskriminierung, die Errichtung kontinuierlicher Rechenschaftslegung und Transparenz der Regierenden sorgen. Daran sollten alle Syrer:innen arbeiten.

**Wir reden hier einen Tag vor Ihrer Abreise nach Syrien. Warum haben Sie sich entschieden, nach Syrien zurückzukehren?**

Ich will vor Ort die Möglichkeiten erkunden, eine gute, in der Geschichte der „Transitional Justice“ so noch nie dagewesene Arbeit zu verwirklichen. Bislang erklärt die Übergangsregierung ihre Bereitschaft, das zu gewährleisten. Aber es wird ein langer, konfliktreicher Weg sein. Deshalb will ich mich mit meinen Anwaltskolleg:innen und mit den Opfern und Angehörigen für Recht und Gerechtigkeit einsetzen. Menschen wie wir, die im Verlaufe des Exils die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, können eine Brückenfunktion einnehmen. Wir sind nicht wenige, brauchen aber die Unterstützung unserer zweiten Heimat Deutschland.

**Warum kann kein:e deutsche:r Politiker:in sagen, dass die syrische Einwanderung nach Deutschland vor allen Dingen eine Erfolgsgeschichte ist?**

Ich bin sehr stolz auf die syrische Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Wir haben viel zur Entwicklung dieses Landes beigetragen. Wenn Krankenschwestern, Pfleger, Ärztinnen und Ärzte jetzt nach Syrien zurückgingen, würde die deutsche Gesundheitsversorgung in ernsthafte Gefahr geraten. Umso mehr hat mich die Entscheidung der Regierung und des Bundestages entsetzt, unmittelbar nach dem Sturz des Regimes alle Anerkennungsverfahren für syrische Geflüchtete einzufrieren und Familienzusammenführung auszusetzen. Große Teile des Landes liegen in Schutt und Asche, man kann nicht ohne Weiteres zurückkehren. Aus meiner Sicht war es eine falsche Entscheidung zur falschen Zeit und mit der falschen Botschaft. Hierfür sollte man sich bei den Syrer:innen in Deutschland entschuldigen.

*Das Interview führte Katja Maurer.*



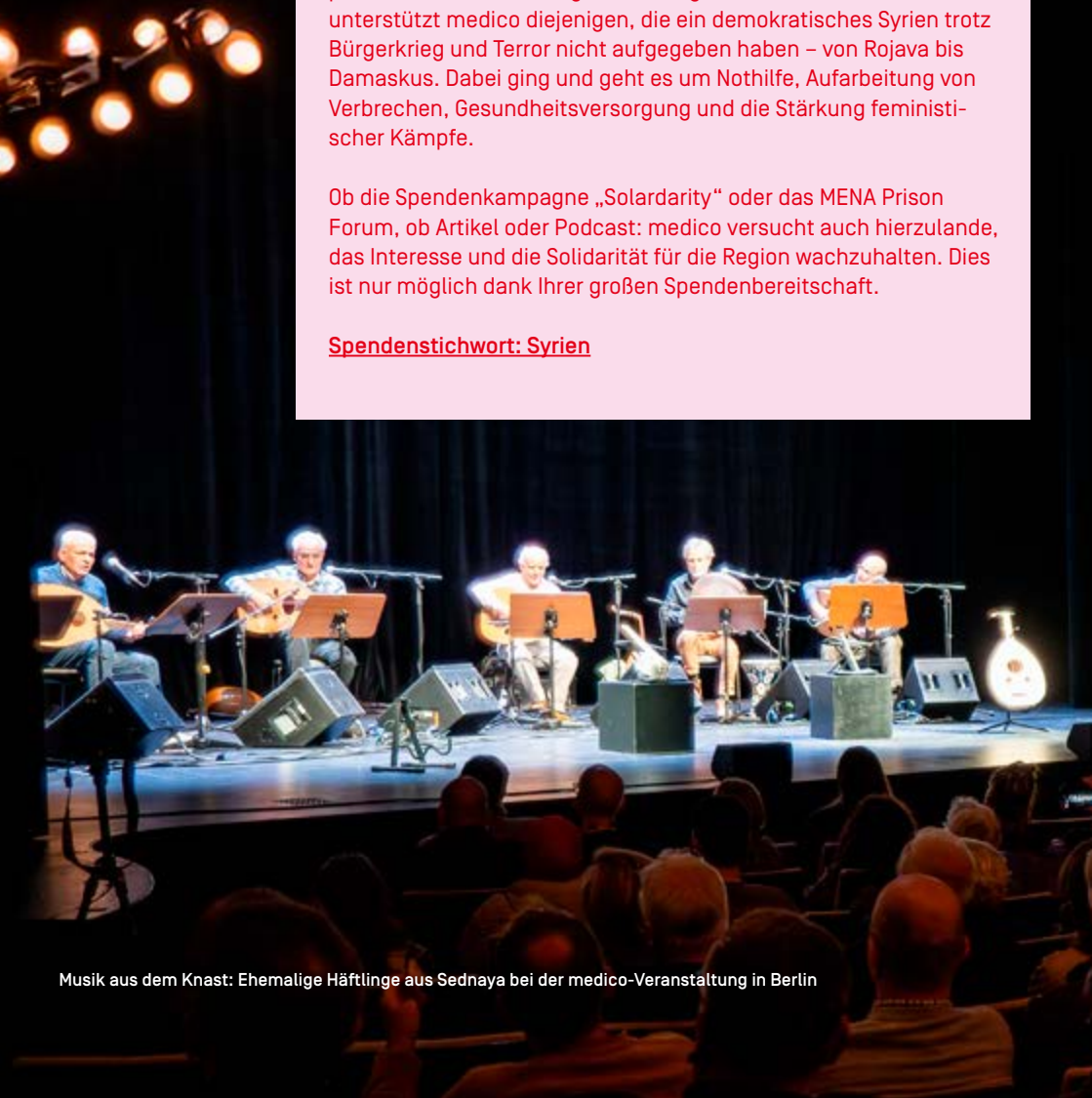
## SYRIEN UND WIR

Noch am 27. November hatte das MENA Prison Forum gemeinsam mit medico in Berlin eine große Veranstaltung zu der scheinbaren Ewigkeit des syrischen Gefängnisses Sednaya organisiert. Nur ein paar Wochen später standen medico-Kolleg:innen vor den geöffneten Türen des Foltergefängnisses.

Reisen nach Syrien waren lange undenkbar und die Möglichkeiten politischer Unterstützung extrem begrenzt. Dennoch: Seit 2011 unterstützt medico diejenigen, die ein demokratisches Syrien trotz Bürgerkrieg und Terror nicht aufgegeben haben – von Rojava bis Damaskus. Dabei ging und geht es um Nothilfe, Aufarbeitung von Verbrechen, Gesundheitsversorgung und die Stärkung feministischer Kämpfe.

Ob die Spendenkampagne „Solardarity“ oder das MENA Prison Forum, ob Artikel oder Podcast: medico versucht auch hierzulande, das Interesse und die Solidarität für die Region wachzuhalten. Dies ist nur möglich dank Ihrer großen Spendenbereitschaft.

**Spendenstichwort: Syrien**



Musik aus dem Knast: Ehemalige Häftlinge aus Sednaya bei der medico-Veranstaltung in Berlin

# Projekte Projektionen

Licht ins Dunkel  
Basisarbeit gegen politische  
Gewalt in Rio de Janeiro

Gewalt als Mittel von autoritärer Politik, Einschüchterung und Unterdrückung gehört in Brasilien zum Alltag staatlichen Handelns. Sie trifft vor allem politische Gegner und die Marginalisierten der Gesellschaft. So kommt es in Favelas und urbanen Randgebieten immer wieder zu oft tödlichen Übergriffen durch Polizei und Milizen. Die Metropolregion von Rio de Janeiro gehört zu jenen Gebieten, in denen besonders häufig und weitgehend straflos gemordet wird. Vieles bleibt im Dunkeln, auch weil Behörden Aufklärungsversuche sabotieren. Als lokal verankerte NGO arbeitet das Observatório de Favelas zu dieser und weiteren Facetten von Gewaltverhältnissen. Mit Sitz in den Favelas von Maré dokumentiert das Team Übergriffe und versucht, sowohl auf die Politik einzuwirken als auch strukturelle Veränderungen zu erwirken. Daneben schult es lokale Aktivist:innen in Sicherheitsfragen und im Umgang mit Konfliktsituationen. Inmitten gewaltsamer Lebensverhältnisse verteidigt das Observatório de Favelas das Recht auf Rechte und nicht zuletzt das Recht auf Leben.



In der Baía da Ilha Grande schult das Observatório de Favelas mit der Unterstützung von medico lokale Aktivist:innen in Fragen der persönlichen und kollektiven Sicherheit.

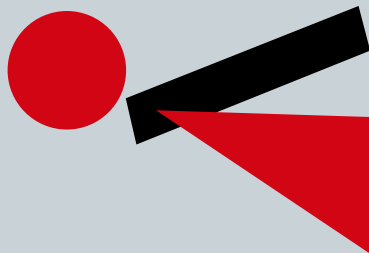
**Spendenstichwort: Lateinamerika**

## Krieg ohne Ende

Hilfe und Perspektiven für  
Vertriebene in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine dauert an. Ob, wann und unter welchen Bedingungen es wieder Frieden geben wird, bleibt auch nach drei Kriegsjahren ungewiss. Noch immer fliehen Menschen aus umkämpften und besetzten Gebieten in den Westen der Ukraine. Viele von ihnen haben Unvorstellbares erlebt und bis auf Weiteres keine Aussicht auf Rückkehr in ihre Heimatsorte. Gleichzeitig hat die Unterstützung der ukrainischen Regierung stark abgenommen und auch die internationale Hilfe für die Zivilgesellschaft in der Ukraine schrumpft weiter. In dieser Situation versorgen unsere Partnerorganisationen Longo Mai, ADTL und CAMZ im Westen des Landes ankommende Vertriebene mit dem Nötigsten. So schaffen sie kurz- und bestenfalls auch langfristig nutzbaren Wohnraum, organisieren Weiterbildungen und vermitteln Arbeitsplätze – immer in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung. Darüber hinaus bleiben die psychosoziale Begleitung und psychologische Unterstützung zentraler Bestandteil ihrer Arbeit. Diese bieten sie nicht nur Vertriebenen, sondern auch den lokalen Unterstützer:innen an. Denn nach drei Jahren Kriegsalltag und pausenlosem Engagement ist die Erschöpfung groß.

**Spendenstichwort: Nothilfe**



## Gegenstrategien

Recherchen zum globalen Autoritarismus

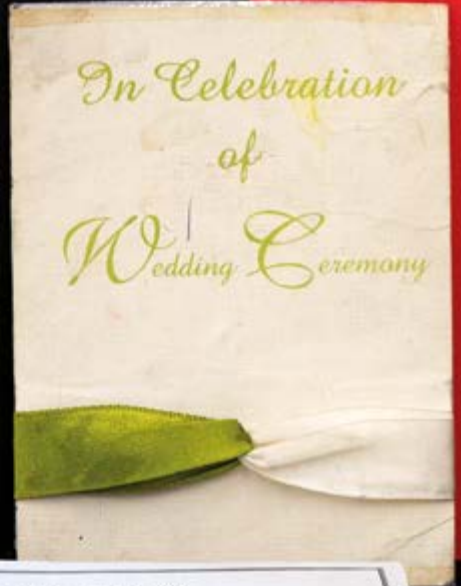
Die Amtseinführung von Donald Trump war ein Schaulaufen internationaler Autokraten und Faschisten. Zufall ist das nicht: Längst nehmen rechtsextreme Parteien und Bewegungen, Denkfabriken, Medien und gewalttätige rechte Gruppen nicht nur massiv Einfluss auf die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen, sondern sind auch zunehmend global vernetzt. Eine gründliche Beobachtung der Allianzen und Taktiken autoritärer und rechter Bewegungen und ihrer strategischen Zusammenarbeit kann helfen, die autoritären Verschiebungen besser zu verstehen und Ansatzpunkte für Gegenstrategien zu entwickeln. medico unterstützt bereits seit 2022 das Monitoring autoritärer Strukturen in Deutschland, Europa und weltweit – aktuell mit dem Projekt „Research Against Global Authoritarianism“. Dieses veröffentlicht unabhängige Analysen und Ansatzpunkte für Gegenstrategien in einem regelmäßigen Newsletter, um lokale Widerstände gegen autoritäre und antidemokratische Entwicklungen zu stärken.

**Spendenstichwort: Menschenrechte**

Ideal Flag

بیرق اید ال

# Recht schaffen



Erinnern als Vorbedingung für Gerechtigkeit: Unter der Leitung der medico-Partnerorganisation AHRDO wurden in Afghanistan Hinterlassenschaften von Angehörigen präsentiert, die die Gewalt der letzten Jahrzehnte nicht überlebt haben.

# Habib Wali

## حبيب ولي



Der Kampf gegen die Straflosigkeit beschäftigt nicht nur Syrien. Über Accountability in Sri Lanka, Afghanistan und Palästina

# Die Mütter auf der A9

Sri Lankas neue Regierung verspricht gleiche Rechte für alle. Ohne Aufarbeitung der Kriegsverbrechen wird das nur schwer gelingen

Von Karin Zennig

Seit 2017 protestieren die Mütter an der A9. Die Schnellstraße führt an Tropenwäldern, landwirtschaftlichen Betrieben und größeren Städten vorbei und verbindet das Zentrum von Sri Lanka mit dem tamilisch geprägten Norden. Während des 26-jährigen Bürgerkriegs war sie umkämpfte Frontlinie zwischen singhalesischem Militär und der tamilischen Guerilla LTTE. Im Staub der Straße steht bis heute der Pavillon der Mütter: Hier organisieren sie sich beharrlich und verlangen unbeirrbar Informationen zum Verbleib ihrer Angehörigen. Es geht um jene vielen Tausend Menschen – laut eines Berichts von Amnesty International aus dem Jahr 2017 sind es bis zu 100.000 –, die im Laufe des Krieges und danach verschwunden sein sollen. Die meisten waren Tamil:innen, viele wurden mit Bussen aus den vom Militär verwalteten Flüchtlingslagern abgeholt, in denen Überlebende des Bürgerkrieges unter widrigsten Bedingungen zusammengepfercht waren. 2016 stellt die sri-lankische Regierung sogar selbst 65.000 sogenannte Abwesenheitszertifikate an Angehörige aus. Die bei Bauarbeiten immer wieder zufällig freigelegten Massengräber sind Spiegel dieser Geschichte.

Seit Ende des Krieges unterstützt der medico-Partner SEED die Überlebenden in den Militärlagern und bei ihrer späteren Wiederansiedlung in den Dörfern. Fast alle Angehörigen der tami-

lisch sprechenden Minderheit im Norden wurden mehrfach vertrieben und standen vor dem Nichts. SEED unterstützt nicht nur die Prozesse der kollektiven Traumabearbeitung, sondern auch einen Organisationsprozess, der eine zivilgesellschaftliche Selbstermächtigung ermöglichen soll. Die oben erwähnten Proteste der Mütter sind Teil dieser Geschichte, in der es um die Dokumentation der Verbrechen und die Ermöglichung des Sprechens über das Erlebte außerhalb der eigenen vier Wände geht.

## Allgegenwärtige Gewalt

All das arbeitet gegen eine herrschende nationale Erzählung an, in der es keine Täter und deswegen auch keine Opfer gibt. Im Gegenteil: Das Militär wird bis heute als Befreier vom tamilischen Terrorismus verehrt. Massengräber werden nicht exhumiert, deren forensische Untersuchungen unterbunden. Nicht nur die Mütter sind mit der Ungewissheit über den Verbleib ihrer Angehörigen 16 Jahre nach dem Krieg immer noch allein. Der im letzten Jahr erschienene Bericht des „Sri Lanka Accountability“-Projektes der Vereinten Nationen bezeichnet das als eine Form der Folter.

Allgegenwärtig ist die Gewalt auch in anderer Gestalt. Unweit der Schnellstraße A9 liegt



Seit Jahren begleiten medico-Partner:innen Überlebende und Angehörige von Verschwendungelassenen. Dabei entstandene Zeichnungen erzählen von Erlebtem, Unverarbeitetem und Wünschen für die Zukunft.

Vedukkunaari Malai, eine jahrhundertealte Stätte tamilischer Kultur. 2018 besetzten nationalistische buddhistische Mönche die Anlage, das Ministerium für Archäologie wandelte sie daraufhin in eine buddhistische Kultstätte um. Das Militär sichert diese Umschreibung mit Waffengewalt ab. Möglich wurde das auch durch einen politischen Rollback, der 2019 in der Wiedereinsetzung von Mahinda Rajapaksa – seines Zeichens unmittelbar verantwortlich für den Massenmord an den Tamil:innen – zum Premierminister gipfelte. Die Geschichte des Tempels zeigt beispielhaft, wie die anhaltende Straflosigkeit die Fortsetzung von Gewalt gegen die tamilische Minderheit in Form von Landraub und Übergriffen ermöglicht. Bislang wird dies durch staatliche Einrichtungen gedeckt. Men-

schenrechtsaktivist:innen, Richter:innen oder Journalist:innen, die das nicht widerspruchslos geschehen lassen wollten, wurden in der Vergangenheit kriminalisiert und bedroht.

### Hohe Erwartungen

Ins Rutschen gebracht wurden diese sri-lankischen Verhältnisse durch die Parlamentswahlen im November 2024: Zur Überraschung vieler erlangte das linke Parteienbündnis National People's Power (NPP), das bei früheren Wahlen zuvor bei gerade einmal fünf Prozent gelegen hatte, die absolute Mehrheit und fegte damit die korrupte, dynastische Machtelite des Landes aus den Ämtern. Ist ein Neuanfang möglich?

In den ersten Wochen ihrer Amtszeit hat sich die NPP-Regierung um vertrauensbildende Maßnahmen bemüht. So versprach Regierungschef Anura Kumara Dissanayake in seiner Antrittsrede, gleiche Rechte für alle unabhängig von ethnischer und religiöser Zuordnung zu garantieren. Und tatsächlich: Erste Amtshandlungen entkriminalisierten die tamilische Erinnerungskultur. Ein Teil der bisher ganz selbstverständlich im Staatsapparat tätigen bekannten Kriegsverbrecher wurde abberufen und am Verlassen des Landes gehindert. Die Räumung eines seit 50 Jahren bestehenden militärischen Sperrgebietes in der Nordprovinz wurde angeordnet – unter bewegenden Reaktionen der lokalen tamilischen Bevölkerung. Auch der Tempel von Vedukkunaari Malai ist nach über achtjähriger Auseinandersetzung geräumt worden. All das ist noch lange keine Gerechtigkeit, doch gemessen an der bisherigen sri-lankischen Regierungspraxis geradezu unerhört.

Weil die NPP die jahrzehntelange Verfilzung von politischem Apparat und Militär infrage stellt, ist ihre Position allerdings fragil. Will sie länger an der Regierung bleiben, wird sie kaum mit dem heikelsten aller Themen beginnen können: der juristischen Verfolgung der Verbrechen gegen die tamilische Minderheit. Daher konzentriert sich die neue Regierung vorerst auf Prozesse gegen Korruption und Wirtschaftsverbrechen. Mit diesem Programm, das mehr soziale Gerechtigkeit verspricht, hatte die NPP selbst im tamilischen Norden die Mehrheit der Stimmen erhalten. Manche sehen darin auch ein Zeichen, dass die jüngere tamilische Generation nicht mehr allein an der Frage der tamilischen Selbstbestimmung orientiert ist.

Verwunderlich wäre es nicht, denn die Verarmung im Norden hat durch die tiefe ökonomische Krise und Hyperinflation frapierend zugenommen. Die Preise von Grundnahrungsmitteln wie Eier, Reis und Kokosnüssen sind

enorm gestiegen. Hinzu kommt, dass die großen Farmen und Wirtschaftsbetriebe des Militärs weiterhin die fruchtbaren Äcker bewirtschaften und den ganzen tamilischen Norden nach ihren Wirtschaftsinteressen zergliedert haben. Dort arbeiten nicht selten Überlebende des Bürgerkrieges unter der Regie ihrer ehemaligen Peiniger zu niedrigen Löhnen. Die billig produzierten Grundnahrungsmittel verdrängen zudem die Produkte der örtlichen Bauern auf den Märkten. Dass die Adressierung ökonomischer Themen bei tamilischen Haushalten verfängt, dürfte also nicht nur mit der akuten Versorgungskrise zu tun haben. Es trifft auf den Wunsch, den entwürdigenden Arbeits- und Lebensverhältnissen zu entkommen.

#### Auf sich selbst zurückgeworfen

Jahrelang erschien es aussichtslos, die Kriegsverbrechen, die das sri-lankische Militär in der Schlussphase des Bürgerkriegs begangen hatte, auf nationaler Ebene zu bearbeiten. Deshalb kam es zu einer Ausweichbewegung auf die internationale Bühne. Gemeinsam mit den Partner:innen vor Ort und dem Netzwerk Sri Lanka Advocacy arbeitete auch medico jahrelang an der Anerkennung der Verbrechen auf UN-Ebene und setzte die Resolution 51/1 mit durch. Auf deren Grundlage wurde das „Sri Lanka Accountability Project“ beim Hochkommissariat für Menschenrechte angesiedelt. Hier konnten Beweise und Zeugenaussagen gesammelt werden, die innerhalb Sri Lankas vertuscht oder vernichtet wurden. In Einzelfällen hat die Arbeit des Projekts bereits zu Strafbefehlen und Sanktionen im Ausland geführt.

Die Laufzeit des hart erkämpften UN-Mechanismus endet indes im September dieses Jahres. Eine Verlängerung droht den aktuellen weltpolitischen Auseinandersetzungen zum Opfer zu fallen. Angesichts eines absehbaren



Rückzugs der USA aus der Finanzierung der Vereinten Nationen könnten die Mittel fehlen. Außerdem ist Sri Lanka in die Auseinandersetzungen zwischen dem globalen Norden und globalen Süden geraten: Während sich die USA, Kanada, Großbritannien und die EU für eine Fortsetzung des Accountability Projects einsetzen, lehnen vor allem Länder des globalen Südens eine Anklage der ehemaligen sri-lankischen Regierung ab, bevor nicht auch Menschenrechtsverbrechen des Westens vor internationalen Gerichten verurteilt werden. Fällt der UN-Mechanismus weg, drohen die Anstrengungen der letzten 15 Jahre zu verpuffen und die Aufarbeitung wird allein auf den nationalen Rahmen zurückgeworfen. In diesem ist zwar eine Kommission für Verschwundene einberufen worden, mehr aber auch nicht. Aufklärung, eine Anerkennung von Verantwortung, Strafverfolgung – all das ist unterblieben.

### Aufarbeitung heißt Demokratisierung

Für die Mütter auf der Schnellstraße A9 sind nicht die Erklärungen alter oder neuer Regierungen entscheidend, sondern spürbare Veränderungen. Es geht ihnen nicht darum, dass jeder Täter verurteilt wird – aber das Leid und die Tatsache der genozidalen Verbrechen vollumfänglich anerkannt werden muss. Gerechtigkeit und Versöhnung können verschiedene Formen annehmen. Sie basieren aber auf einem Vertrauen in die Prozesse. Dieses herzustellen, nachdem es über Jahre systematisch zerstört worden ist, wird lange dauern. Hier ist die neue Regierung in der Pflicht.

Nötig wären dafür auch strukturelle Veränderungen – zuvorderst eine Verfassungsreform, die die Machtfülle des Präsidenten einschränkt und die politische Repräsentation und Rechte von Minderheiten neu regelt. Eine solche Re-

form hatte die NPP im Wahlkampf versprochen. Nun an der Macht, hat sie sie auf das dritte Jahr ihrer Amtszeit verschoben. Notwendig wäre außerdem, eine freie und risikolose Arbeit von Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen sicherzustellen. Die Gängelung durch Sicherheitsbehörden und Geheimdienste hat unter der neuen Regierung bislang jedoch kaum abgenommen. Hatte die NPP einst großspurig die Abschaffung restriktiver Kontrollgesetze wie des Prevention Terrorism Act (PTA) oder des Online Safety Act versprochen, will sie sie nun lediglich reformieren. Einmal mehr zeigt sich: Die Aufarbeitung einer staatlichen Gewaltgeschichte und die Schaffung von Gerechtigkeit kann nur durch Druck von unten gelingen. Auch deswegen verbinden die medico-Partner:innen ihren Kampf gegen die Straflosigkeit mit einer Stärkung von Selbstorganisation und zivilgesellschaftlicher Strukturen.



Karin Zennig ist bei medico in der Öffentlichkeitsabteilung für die Region Südasiens zuständig. Anfang Februar war sie in Sri Lanka – auch an der A9.

[< Inhaltsverzeichnis](#)

Im Rahmen des Netzwerkes Sri Lanka Advocacy setzt sich medico seit vielen Jahren für die Aufarbeitung der Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen in Sri Lanka ein. Im Norden des Landes unterstützen wir Partnerorganisationen bei der psychosozialen Begleitung Überlebender und bei Aufarbeitungsprozessen von unten.

**Spendenstichwort: Menschenrechte**

# Ein Anfang

## Erlässt der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehl gegen zwei Taliban-Führer? Eine Erklärung unserer afghanischen Partnerorganisation AHRDO

Ende Januar hat der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag im Rahmen seiner Ermittlungen in Afghanistan Haftbefehle gegen zwei Taliban-Führer wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung beantragt. Es bestehe der begründete Verdacht, dass Taliban-Chef Hebatullah Akhundzada und der oberste Richter Abdul Hakim Haqqani strafrechtlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Der Chefankläger wirft ihnen die Verfolgung von Frauen, Mädchen und Menschen der LGBTQI+-Gemeinschaft vor, denen grundlegende Rechte wie Bildung, Freizügigkeit, freie Meinungsäußerung und Privatleben vorenthalten werden. Er hat auch angekündigt, in Kürze weitere Haftbefehle gegen hochrangige Taliban-Führer zu beantragen. Wir fordern die Richter:innen am IStGH auf, die Anträge des Chefanklägers zu genehmigen, damit förmliche Haftbefehle ausgestellt und die beiden Beschuldigten vor Gericht gebracht werden können.

Wir begrüßen diese historische Entwicklung. Sie stellt einen entscheidenden Schritt zur Beendigung des Kreislaufs der Straflosigkeit dar, unter dem Afghanistan seit Jahrzehnten leidet. Die eingereichten Haftbefehle sind eine deutliche Botschaft an die afghanischen Opfer, dass ihre Rechte gelten und Gerechtigkeit möglich ist. Sie sind auch ein klares Zeichen an die Taliban, dass die Herrschaft durch Gewalt und Verfol-

gung nicht folgen- und straflos bleiben wird. Außerdem sind sie ein Signal vor allem an jene Teile der internationalen Gemeinschaft, die ihre Beziehungen zu Afghanistans De-facto-Behörden auf gefährliche Weise zu normalisieren begonnen haben. Wir fordern die Politiker:innen der Welt, insbesondere jene aus den Vertragsstaaten des Römischen Statuts, dringend auf, das zu ändern. Andernfalls machen sie sich mitschuldig an den Verbrechen der Taliban, untergraben die Menschenrechte und verstoßen gegen ihre Verpflichtungen, die sie mit Unterzeichnung des Römischen Statuts eingegangen sind. Die internationale Gemeinschaft muss sich an die Seite der afghanischen Opfer und Überlebenden stellen und wirksamen rechtlichen und politischen Druck auf die Taliban und andere fundamentalistische Gruppen in Afghanistan ausüben.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die afghanischen Opfer und Überlebenden weiterhin im Mittelpunkt der Ermittlungen des IStGH stehen und dass ihre Rechte klar und öffentlich kommuniziert werden. Sie müssen auch über die rechtlichen Verfahren aufgeklärt und über die Entwicklungen informiert werden. Außerdem müssen sichere Möglichkeiten geschaffen werden, dass sie sich an der Suche nach Gerechtigkeit beteiligen können. Unser opferzentrierter Ansatz ist eine unmittelbare Reaktion auf das in Afghanistan vorherrschen-

de System der Straflosigkeit. Durch die vorrangige Einbeziehung von Opfern und Überlebenden in politische, friedenspolitische und juristische Prozesse wollen wir sicherstellen, dass ihre Stimmen gehört werden und ihr Recht auf Gerechtigkeit verwirklicht wird. Im Dezember 2024, während der Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs, haben wir die erste internationale Tagung der afghanischen Kriegsoffer veranstaltet. Die Veranstaltung bot den Opfern und Überlebenden einen wichtigen Raum, um ihre Geschichten zu erzählen, ihre Forderungen nach Gerechtigkeit zu artikulieren und den anhaltenden Ausschluss von Kriegsoffern von politischen und rechtlichen Prozessen infrage zu stellen. In den Diskussionen wurde hervorgehoben, dass die überlebenden Opfer eine zentrale Rolle bei den Bemühungen um Gerechtigkeit und Ahnung von Menschenrechtsverletzungen spielen müssen. Die Haftbefehlsanträge des Chefanklägers sind zwar ein wichtiger Schritt. Doch der Weg zur Gerechtigkeit ist lang und erfordert schnelle und koordinierte Maßnahmen von allen. Die Anklagebehörde muss ihre Ermittlungen ausweiten und auch Verbrechen untersuchen, die vor 2021 und die von allen Täterseiten begangen wurden – also neben denen der Taliban auch die des Islamischen Staates in der Provinz Khorasa (ISKP) und der nationalen und internationalen Streitkräfte während des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts. Es geht um alle Opfer von Gewalt in Afghanistan, einschließlich ethnischer und religiöser Minderheiten.

Da es im Land keine Mechanismen zur Verfolgung der Verbrechen gibt, sind externe juristische Verfahren von entscheidender Bedeutung. Auf der Tagung im Dezember betonte der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Afghanistan, dass zur Aufarbeitung der Verbrechen ein „All-Instrument“-Ansatz nötig sei. Dazu gehören die Bemühungen,

## DOPPELSTANDARDS?

**Der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) 2002 wohnte das Versprechen inne, die Verantwortlichen von Völkermord und Kriegsverbrechen zu verfolgen. Perfekt war das nie, im Gegenteil: Lange galt das Hauptaugenmerk des Gerichts vorwiegend Tätern aus dem globalen Süden. Mit den Ende 2024 erlassenen Haftbefehlen gegen Netanjahu und Gallant deutete sich nun eine universalisierte Anwendung des Rechts an. Prompt aber rücken westliche Staaten, nicht zuletzt Deutschland, vom IStGH ab – und die USA unter Trump haben ihn erneut mit Sanktionen belegt. medicos afghanische Partnerorganisation Afghanistan Human Rights and Democracy Organization streitet derzeit aus dem kanadischen Exil dafür, dass das Völkerrecht für alle Machthaber gilt.**

Afghanistan wegen Verstößen gegen das „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) beim Internationalen Gerichtshof (IGH) anzuklagen. Anders als der IStGH, der sich auf die individuelle strafrechtliche Verantwortung konzentriert, ist der IGH befugt, die afghanischen De-facto-Behörden als Ganzes zur Rechenschaft zu ziehen. Daneben gibt es weitere wichtige Instrumente, um die systematischen Menschenrechtverletzungen zu verfolgen und zu ahnden. Seit Jahrzehnten kämpfen die afghanischen Opfer und Überlebenden für Gerechtigkeit. Ihr Weg war lang und schwierig. Aber sie haben nicht aufgegeben, und das können sie auch nicht. Wir müssen den Kreislauf der Straflosigkeit endlich durchbrechen.

# Auf - atmen?



Foto: Yousef Zeanour / Acthresitis

Rückkehr in Ruinen: Rafah im südlichen Gazastreifen während der Feuerpause.

## Während in Gaza eine fragile Waffenruhe herrscht, intensiviert Israel den Krieg in der Westbank

### Von Riad Othman

Es ist eine bittere Ironie: Donald Trump hat, zumindest fürs Erste, ein Ende der Bombardierung Gazas durchgesetzt. Ausgerechnet Trump, das Schreckgespenst vermeintlich geordneter internationaler Verhältnisse, zwingt die Regierung Netanjahu, einer Waffenruhe mit der Hamas zuzustimmen. Das zeigt auch, dass dies spätestens seit dem Sommer 2024 möglich gewesen wäre, hätten Joe Biden und Anthony Blinken sich dafür entschieden, ihre weitere Unterstützung Israels an entsprechende Bedingungen zu knüpfen und diese mit Druck durchzusetzen. Schon damals wurde ein fast gleichlautender Vorschlag einer in Phasen gestaffelten Waffenruhe unter anderem mit Unterstützung des UN-Sicherheitsrates und den USA verhandelt, dann aber von Netanjahu derangiert. Die Verzögerungstaktik und das internationale Versagen kosteten weitere Tausende das Leben.

Die Hamas ist militärisch geschwächt, selbst wenn sie die Geiselübergaben bewusst inszeniert: gegenüber der eigenen Bevölkerung als Siegesfeiern, aber auch als Machtdemonstration. Ihre Hauptadressatinnen dürften indessen die israelische Armee und Regierung sein, die durch die Zurschaustellung der Geiseln öffentlich gedemütigt werden sollen. Die Botschaft soll lauten: Israel ist mit militärischen Mitteln nicht einmal die Befreiung der Geiseln gelungen, geschweige denn die Vernichtung der Hamas, was das zweite offiziell verlautbarte Kriegsziel war.

Wie es jetzt weitergeht, hängt maßgeblich von Trump ab: Seit mindestens einem Jahr formuliert die Hamas einen dauerhaften Waffenstillstand und den vollständigen Abzug der israelischen Armee aus Gaza als Ziel von Verhandlungen. Die israelische Regierung beharrt ihrerseits weiterhin auf das Ende der Hamas in gleich welcher Rolle und wird wohl nur durch anhaltenden Druck von außen dazu gebracht werden können, die Verhandlungen über die Parameter der zweiten und dritten Phase des Waffenstillstands konstruktiv fortzusetzen. Angesichts der Äußerungen Trumps zu einer möglichen ethnischen Säuberung des Gazastreifens steht jedoch zu befürchten, dass er den Krieg kaum auf eine Art beenden wird, die die Rechte der palästinensischen Bevölkerung auch nur im geringsten respektiert.

### Viel zu wenig Hilfe

Der Überlebenskampf in Gaza geht auch ohne die Angriffe des israelischen Militärs weiter. Im Februar ließ die israelische Regierung humanitäre Hilfe nicht im vereinbarten Umfang hinein. In der ersten Phase der Waffenruhe wurde laut Berichten nur ein Zehntel der benötigten Zelte für die von Massenobdachlosigkeit schwer gebeutelte Bevölkerung zugelassen, und dies im Winter, der von den üblichen saisonalen Unwettern, Überschwemmungen und Temperaturstürzen geprägt war. Von den vereinbarten Con-

tainer-Notunterkünften ist keine einzige in die Enklave gelangt, von dem im Abkommen verhandelten Treibstoff weniger als ein Drittel der verabredeten Menge. Gerade dieser wäre zur Räumung von Trümmern sowie für die Inbetriebnahme der Wasserversorgung oder für Krankenhäuser dringend notwendig. Dennoch ist alles, was wir seit Inkrafttreten der Waffenruhe in Gaza gesehen haben, besser als der blanke Horror der 15 vorangegangenen Monate.

Unsere Partner:innen in Gaza können vorerst aufatmen, dass sie noch am Leben sind. Wie große Teile der über zwei Millionen Menschen in der Enklave sind sie nach oft mehrfacher Vertreibung an Orte zurückgekehrt, von denen sie hatten fliehen müssen. Viele von ihnen stehen vor dem Nichts, können bestenfalls auf übriggebliebene Bruchstücke ihres früheren Lebens und ihrer Arbeit blicken – wie die Frauen der Culture & Free Thought Association um Majeda Al-Saqqa, von deren Zentrum für Frauen, Kinder und Jugendliche in Khan Younis nur Ruinen übriggeblieben sind. In vielen Fällen, wie dem unserer Kolleg:innen des Künstlerkollektivs Shababeek, sind ganze Lebenswerke zerstört worden: Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen, künstlerische Arbeiten aus drei Jahrzehnten: zerbombt, verbrannt, geplündert.

### Der nächste Krieg?

Gleichzeitig sind die aktuellen Entwicklungen im Westjordanland so alarmierend, dass man über die anhaltende internationale Untätigkeit nur entsetzt sein kann: Kaum war die Waffenruhe an der Südwestflanke Israels in Kraft getreten, setzte die Regierung Netanjahu einen Trend fort, der im völkerrechtswidrig besetzten Westjordanland schon in den letzten vier Jahren deutlich wahrnehmbar war. Die Zahl der durch die israelische Armee und Siedler getöteten Palästinenser:innen hatte sich dort seit 2020 bin-

nen zwei Jahren mehr als versechsfacht. Die Militarisierung im Umgang mit der Westbank wird nicht nur in den rapide steigenden Todesraten deutlich. Sie zeigt sich auch am Einsatz von bewaffneten Drohnen und Kampfhubschraubern. Die Zeitschrift Foreign Policy schrieb mit Blick darauf bereits im Januar 2023: „Ob bewaffnet oder nicht, Drohnen fungieren als psychologischer Terror für jene, die unter ihnen leben.“

Im Westjordanland zerteilen Siedlungen und die mit ihnen verbundenen Straßen, Kontrollposten und Militärzonen das Land in immer kleinere Einheiten – mit immer weniger Bewegungsfreiheit für Palästinenser:innen und ohne Kontrolle über die eigenen Ressourcen. All das ist seit dem 7. Oktober intensiviert worden. Mit ihren Angriffen auf Städte und besonders Flüchtlingslager in der nördlichen Westbank wie Jenin und Tulkarem oder Tammun im nördlichen Jordantal hat die israelische Armee rund 40.000 Menschen zur Flucht gezwungen. Fast 1.800 weitere wurden aus 21 Dörfern und Weilern vertrieben, rund die Hälfte von ihnen Kinder und eigentlich alle Hirtenfamilien. In diesen Fällen wurde zur Begründung nicht einmal ein vorgeschobener Terrorismusverdacht geäußert. Die Dynamik in Richtung ethnischer Säuberungen nimmt zu, wenn sich die israelischen Begehrlichkeiten nun auch auf [halb-]ländliche Gemeinden richten. Sind es bisher rund 60 Prozent des Westjordanlandes, die Israel faktisch für sich beansprucht, so drohen es künftig eher 80 Prozent zu werden. Unterdessen verschmilzt die Lebenswelt der Siedler:innen immer weiter mit Israels Kernland. „From the river to the sea“ ist das öffentlich formulierte, aktiv verfolgte und grundgesetzlich festgeschriebene Ziel der Regierungspolitik in Israel.

Während in Gaza eine „Re-Kantonisierung“ droht, weil nicht davon auszugehen ist, dass die territoriale Fragmentierung und Verkleinerung der Enklave durch die israelische Armee

vollständig zurückgenommen werden wird, gleichen die Bilder zerstörter Flüchtlingslager im Westjordanland immer mehr denen aus Gaza. Die „Gazaisierung“ der Westbank bedeutet die Ausweitung des Krieges – mit allem, was dazugehört. Was hier als Terrorismusbekämpfung firmiert, ist ein Krieg, der keineswegs nur den wenigen militanten Gruppierungen gilt. Vielmehr geht er mit der breit angelegten Zerstörung ziviler Infrastruktur und Vertreibungen einher.

### Regellose Ordnung

Es gibt wenig Grund zur Hoffnung, dass den Geschehnissen der letzten 15 Monate eine Initiative mächtiger Staaten folgt, die substanziell etwas an der katastrophalen Lage ändert. Im Gegenteil: Nicht nur der Versuch des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, all das nicht völlig straffrei geschehen zu lassen, wird frontal angegriffen. Israel – gewohnt, andere straffrei gängeln zu können – versuchte, Mitarbeiter:innen des Gerichtshofs durch Drohungen einzuschüchtern. Doch auch Deutschland hat gegen die beantragten Haftbefehle für Yoav Gallant und Benjamin Netanjahu opponiert und die Bundesregierung kanzelte die südafrikanische Klage gegen Israel wegen des Verdachts auf Verletzung der Genozid-Konvention als haltlos ab, noch bevor der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung zur Eröffnung eines Verfahrens bekanntgab. Mit diesen Schritten widerspricht Berlin dem selbst lange verfolgten Ziel einer funktionierenden Weltgerichtsbarkeit und der Schaffung genau dieses IStGH. Die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz, der in seiner Rede zur „Zeitenwende“ als zentrale Frage ausmachte, ob die Macht Recht brechen dürfe, entschied sich im Falle Israels für eine Antwort: Sie hat den Rechtsbruch nicht nur toleriert, sondern versucht, ihn durch Eingaben beim IStGH und öffentliche Äußerungen politisch und juristisch mit abzusi-

chern. Zudem unterstützt sie ihn militärisch. Solche Doppelstandards machen Schule: So hatte die polnische Regierung im Januar 2025 angekündigt, Netanjahu nicht festnehmen zu wollen, obwohl Polen – wie auch Deutschland – als Vertragsparteien des Römischen Statuts dazu verpflichtet sind, Haftbefehle des IStGH auf ihrem Territorium durchzusetzen.

Das nun von Trump verkündete Dekret zur Sanktionierung des Gerichts wegen seiner Ermittlungen gegen Israel bringt auch die künftige Bundesregierung in eine prekäre Lage. Berlin kann nicht aus dem vielstimmigen Chor der Vertragsstaaten des Römischen Statuts ausscheren, der sich hinter den IStGH gestellt hat. Die Bundesregierung nimmt den Gerichtshof gegenüber Trump in Schutz, tut dies aber ausgerechnet im Zusammenhang mit Ermittlungen, die sie selbst am liebsten eingestellt sähe. Solange sich Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland nicht konsequent für die Seite des Rechts entscheiden, werden die Straflosigkeit und jene schwersten Verbrechen, für die das Gericht geschaffen wurde, nicht nur fortauern, sondern in der Tendenz zunehmen.



Von Berlin bis Buxtehude: medicos Nahostreferent Riad Othman hat in den vergangenen Monaten in Dutzenden Städten über die Situation in Gaza gesprochen.

[< Inhaltsverzeichnis](#)

**Im Ausnahmezustand: medico-Partner:innen in Israel und Palästina leisten Nothilfe, verteidigen Menschenrechte und widersetzen sich staatlicher Repressionen.**

**Spendenstichwort: Israel/Palästina**

## UNMÖGLICHE ERINNERUNG

### Über ein Museum in Gaza und das Bemühen, nicht alles zu verlieren

Heute erzähle ich Ihnen meine Geschichte, die Geschichte eines palästinensischen Künstlers. Ich heiße Mohammed Akram Shehdeh Abu Lehia und komme aus Al-Qarara. Das liegt nördlich von Khan Younis in der südlichen Hälfte des Gazastreifens. Ich bin 34 Jahre alt. Schon als Kind liebte ich es, mich bildnerisch mit palästinensischer Kultur und Geschichte zu beschäftigen und die Geschichten von Menschen visuell zu erzählen. Ich erstellte Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen. In meiner Freizeit war ich als Mentor für Kinder und Jugendliche aktiv. Ich habe dabei immer versucht, sie zu befähigen, Kunst zu lieben, sie zu schätzen und in ihrem Leben zu nutzen.

2016 begann ich, einen lang gehegten Traum zu verwirklichen: Ich wollte historische Artefakte sammeln, um die Kulturgeschichte meiner Region und der palästinensischen Identität zu bewahren. Das ist unglaublich wichtig, denn sie ist immer wieder von der Auslöschung bedroht. Meine Reise begann mit einer Laterne aus der Römerzeit. Ich sammelte so viele Objekte, dass ich in meinem Zuhause irgendwann keinen Platz mehr hatte. Ein Jahr später hatte ich die Idee zu einer Ausstellung. Ich mietete einen Raum von der örtlichen Stadtverwaltung, putzte und renovierte ihn, bis er bereit war, Gäste, Tourist:innen, Schulklassen und Studierende zu empfangen. Ich nannte ihn „Al-Qarara Cultural Museum“. Junge Leute kamen von überallher. Ich machte weiter. Bis zum 7. Oktober 2023 hatte ich über 5.000 Objekte gesammelt.

An diesem Tag füllte sich der Himmel über Gaza mit schwarzem Rauch. Ich hörte Schreie und Explosionen. Mein vorherrschendes Gefühl war Angst, um meine Zukunft, meine Arbeit und mein Museum, das ich über Jahre mit so viel Mühe aus dem Nichts aufgebaut hatte. In der ersten Woche des Krieges fühlte ich mich völlig hilflos. Gleichzeitig verspürte ich den Drang, aus dieser Situation auszubrechen und eine neue Rolle zu finden. Inmitten eines Kriegs, der anscheinend unsere Existenz in Gaza auslöschen sollte, begann ich, gemeinnützige Arbeit zu leisten – auch, weil ich meinen Verstand behalten wollte. Als die ersten Vertriebenen aus dem Norden in Al-Qarara eintrafen, bereitete ich mit den Frauen aus der Stadt Mahlzeiten und Brot in Lehmbacköfen zu. Wir arbeiteten ohne Unterlass, um so viele Menschen wie möglich zu versorgen. Zehntausende kamen an. Wir versuchten sicherzustellen, dass sie in Häusern, Hallen



Foto: Mayasem

Mohammed Abu Lehia ist Gründer und Direktor der Mayasem Association for Culture and Arts. Die Initiative hat in den vergangenen Monaten in Gaza mit Unterstützung von medico Nahrungsmittel und Trinkwasser bereitgestellt. Aktuell organisiert sie ein Bildungsprogramm für mehr als 2.000 Kinder und Jugendliche.



oder Moscheen untergebracht werden konnten. Wir sammelten und verteilten auch Winterkleidung und organisierten soziale Veranstaltungen, um die Menschen zu beschäftigen und ihnen eine Pause vom Horror des Krieges zu verschaffen. Im Januar 2024 waren dann auch wir gezwungen zu fliehen. Zunächst wurden wir nach Khan Younis vertrieben, aber angesichts der dortigen Zerstörung flüchteten wir nach Rafah im Süden Gazas. Aus seinem Haus vertrieben zu werden, ist nicht nur ein physisches Ereignis. Man lässt Erinnerungen zurück, verliert das Zuhause der Kindheit, die Arbeit, Hobbys und in meinem Fall ein ganzes Museum. In Rafah setzte ich meine Arbeit für die Community fort. Ich verteilte Lebensmittelpakete und organisierte Veranstaltungen.

In der Zwischenzeit zerstörte die israelische Armee einen großen Teil von Al-Qarara. Ende Januar 2024 zog sie sich teilweise aus der Stadt zurück. Ich nutzte die Gelegenheit, um nach dem Museum und meinem Haus zu sehen. Schockiert musste ich feststellen, dass sie beschädigt und geplündert worden waren. Zahlreiche Gegenstände und Geräte waren gestohlen worden. Ich sammelte schnell die Habseligkeiten ein, die ich finden konnte, sicherte die verbliebenen Objekte und fuhr zurück nach Rafah.

Im Mai wurde auch Rafah eingenommen. Wir mussten in die Dünen von Al-Mawasi fliehen. Auch hier setzten wir unsere Arbeit für die Vertriebenen fort. Inzwischen wurde meine Stadt weiter zerstört. Als ich im Juli 2024 zurückkehrte, waren mein Haus und das Museum noch stärker beschädigt. Für mich war aber noch verheerender, dass weitere Stücke aus meiner Sammlung verschwunden waren. Ich nahm so viel mit, wie ich konnte, war aber gezwungen, größere Objekte zurückzulassen. Der Gedanke, alles zu verlieren, trieb mich in die Verzweiflung.

Bis heute lebe ich in einem Zelt in der Gegend von Al-Mawasi, trotz des Waffenstillstands. Ich wäre gerne nach Hause zurückgekehrt, um wieder mit dem Rest meiner Familie zusammenzuleben und bei meinen Freunden zu sein. Aber meine Angst ist stärker. Was, wenn der Krieg zurückkommt? Fürs Erste bringe ich nur Objekte, die ich retten konnte, zurück nach Al-Qarara und versuche, das Museum so weit wie möglich dafür herzurichten. Natürlich muss ich auch mein Haus wieder aufbauen und versuchen, wieder das Gefühl zurückzugewinnen, ein Zuhause zu haben. Auch das hat uns die israelische Armee genommen. Vom Gefühl der ständigen Unsicherheit und der Erschütterung des grundlegenden Vertrauens in die Sicherheit der eigenen Existenz will ich gar nicht erst reden. Der Tag der Rückkehr wird kommen. Das ist die Hoffnung, die ich in meinem Herzen trage.

*Mohammed Abu Lehia*

# Nicht für uns, nicht mit uns



Fotos: Birte Mensing

Am Ufer des Mathare River in Nairobi leben die Armen.

Die kenianische Regierung liefert das Land ausländischen Interessen aus und versucht, den Protest dagegen zu unterdrücken. Vergeblich

### Von Radwa Khaled-Ibrahim

Im Slum Mathare, einer der größten Armen-siedlungen von Nairobi, haben Überschwem-mungen eine Spur der Verwüstung hinterlas-sen. Links und rechts des Flusses, der durch die Ansiedlung von einfachen Wellblechhütten fließt, sehen wir die Reste von Unterkünften, die von Wasser und Schlamm weggerissen wurden. Hier, dicht am Wasser, hatten die Ärmsten der Armen gelebt. Anwohner:innen erzählen uns von dem Unglück: dass sie das Wenige, das sie hatten, auch noch verloren ha-ben; wie sie einige retten, andere nur tot aus dem Wasser bergen konnten; und dass die Re-gierung die noch verbliebenen Hütten ohne Ankündigung hat abreißen lassen. Nicht weit entfernt ragen zwei robuste Gebäude wuchtig in die Höhe. Das eine ist die chinesische „Mce-do Beijing School“, das andere die US-ameri-kanische Schule „Missions of Hope“. Selbst hier im Slum sind globale Großmächte in ihrer Konkurrenz um Einfluss und Macht präsent.

### Geopolitisches Gerangel

Der öffentliche Fokus mag derzeit auf „heiße“ Konflikte in Syrien, Gaza oder der Ukraine ge-richtet sein. Doch in anderen Teilen der Welt wird nicht minder um geopolitischen Einfluss gerungen. In einigen west- und zentralafrika-nischen Staaten ist das Pendel zuletzt gegen den Westen ausgeschlagen und sind von Euro-pa gestützte Regierungen durch Putsche ge-

stürzt worden. Europäische, vor allem franzö-sische Truppen sind nunmehr unerwünscht und ziehen ab. In Mali und Burkina Faso füllen Wagner-Söldner aus Russland das entstan-de-ne Vakuum. Für den ehemaligen französischen Außenminister Dominique de Villepin hat diese Neuordnung eine klare Bedeutung: „Afrika lehnt sich gegen uns auf. Man irrt sich, wenn man meint, diese Länder seien neutral. Sie sind ein Hebel der Weltpolitik und diesen Hebel bedient momentan Russland.“ Womöglich hat diese Auflehnung damit zu tun, dass Frank-reich den Kontinent weiterhin als „Hebel“ und nicht als eigenständigen Akteur zu begreifen pflegt.

Auch in Ostafrika prallen geopolitische Inter-essen aufeinander, China, die USA, die EU, aber auch etwa die Vereinigten Arabischen Emirate buhlen um Einfluss. Die kenianische Regierung unter Präsident William Ruto versucht, mehrgleisig zu fahren. Im Gegensatz zur „Look East“-Strategie seines Vorgängers Uhuru Ken-nyatta, der vor allem die Verbindungen zu Chi-na stark ausbaute, orientiert sich Ruto auch wieder stärker gen Westen. Die große Erzäh-lung – ob mit Blick nach Osten oder Westen – der Regierung lautet: Externe Investitionen ziehen Finanzströme ins Land und kurbeln da-mit die Ökonomie an. Das wiederum wird sich auch positiv auf die Lebenssituation der Bevöl-kerung auswirken. Der Mythos des Trickle-Down-Effekts wird weiterhin beschworen.

Doch die Realität sieht anders aus. Chinas Investitionen in Infrastruktur und Entwicklung haben zwar Megaprojekte aus dem Boden gestampft, doch ein Großteil der Gewinne fließt zurück nach Ostasien. Als Meilenstein der Infrastrukturentwicklung wurde zum Beispiel der mit chinesischem Geld realisierte Bau einer Eisenbahnstrecke zwischen den Millionenstädten Mombasa und Nairobi gefeiert. Die meisten Kenianer:innen können sich die hohen Ticketpreise für die Züge allerdings nicht leisten – und die Kredite lasten schwer auf dem Staatshaushalt. Sie sollen sich auf über

sechs Milliarden Dollar belaufen. Sollte das Land den Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, könnte Mombasas Hafen von China verpfändet werden. Um sich aus der Kreditklemme zu befreien, hat sich Kenia an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gewandt, ein weiterer Player, der seinen Einfluss durch strategische Investitionen in Infrastruktur, Telekommunikation und erneuerbare Energien auf dem afrikanischen Kontinent ausweitet.

Die USA wiederum sind an Kenia in erster Linie sicherheitspolitisch interessiert. So unterhält



Überschwemmtes Mathare nach wochenlangen Regenfällen.

Washington Stützpunkte wie Camp Simba. Was zur „Stabilisierung der Region“ beitragen soll, hat zu keiner nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen, zumal die USA ihre Projekte zuvorderst mit amerikanischen Firmen umsetzt. Für die EU wiederum ist das ökonomisch stärkste Land der Region begehrter Handelspartner. Nach langem Gezerre und unter massivem Druck wurde 2023 ein neues Abkommen geschlossen, das die Ein- und Ausfuhr vor allem von Agrargütern regelt – zugunsten der EU und zulasten der kenianischen Integration in die Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft [EAC]. Deutschland wiederum versucht, auch in Kenia seinen Energiehunger zu stillen, der mit dem Megaprojekt in Namibia keineswegs gesättigt ist. Im Rahmen des europäischen „Global Gateway“-Programms ist ein geothermales Megaprojekt in Planung. Außerdem sollen in Kenia Arbeitskräfte für den deutschen Markt gewonnen werden. Im Herbst 2024 wurde ein bilaterales Abkommen geschlossen, das Wege für qualifizierte Arbeitsmigrant:innen eröffnet. Im Gegenzug erklärte sich Kenia zur Aufnahme ausreisepflichtiger Landsleute bereit.

### Neue alte Abhängigkeiten

All die internationalen Deals haben das Leben der Menschen in Kenia kaum verbessert und gleichzeitig hat der Wettbewerb der ausländischen Mächte in Ostafrika die Umsetzung nationaler Entwicklungspläne untergraben. Statt einer wirtschaftlichen Stärkung Kenias sind neue Abhängigkeiten entstanden. Und dort, wo tatsächlich gute Geschäfte gemacht werden, profitieren nur einige: Kapital und Reichtum konzentrieren sich an bestimmten Orten und in wenigen Händen.

Eben das wird auch bei unserem Besuch der Kenyan Peasant League deutlich. Die von me-

dico unterstützte Bewegung streitet für Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern. Aktivist David Cidi Otieno rückt die Auswirkungen der Abkommen mit der EU in den Vordergrund: „Es wird immer über die Chinesen gesprochen. Aber wir sind gezwungen, französische Bohnen für den europäischen Markt anzubauen.“ Der Abbau von Subventionen, die Privatisierung von Land und die Förderung von Exportkulturen machen es für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nahezu unmöglich, andere Pflanzen anzubauen. Sei es in der Land- und der Viehwirtschaft, sei es in der Fischerei: Die Menschen bekommen die Folgen von Handelsverpflichtungen, Strukturanpassungsprogrammen und Verschuldung unmittelbar zu spüren. Doch einen Verbündeten haben sie: Die Verfassung des Landes spricht ihnen sehr wohl Rechte zu. So sind in ihr lokale Räte als vermittelnde Instanz zwischen den bäuerlichen Communitys und der Regierung verankert. Ihr Votum darf zum Beispiel nicht übergangen werden, wenn sich Gelder aus dem Ausland auf die Verhältnisse vor Ort auswirken.

Am Morgen unseres Besuchs sind fast 60 Mitglieder solcher Räte aus dem ganzen Land in Nairobi zu einem Mobilisierungsseminar der Kenyan Peasant League zusammengekommen. Es geht um Möglichkeiten der Gegenwehr gegen Korruption vor der eigenen Haustür, aber auch um Strategien gegen die Ausbeutung durch ausländischen Einfluss und neue Abhängigkeiten. Immer wieder kommt die Debatte auf einen geplanten Klimakredit der Weltbank. Mit diesem sollen auch auf lokaler Ebene Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden. Auf dem Seminar wird beraten, wie groß die Gefahr ist, dadurch nur in eine neue Schuldenfalle zu geraten – oder ob und wie die Bäuerinnen und Bauern die Mittel für sich nutzen können. Ein Teilnehmer sagt es so: „Der Staat sagt, er nehme diese Kredite für uns auf. Dann schauen wir, dass wir auch davon profitieren.“

Wie tief das Misstrauen gegenüber dem investitionsfreundlichen Regierungskurs und wie groß die Wut auf Präsident Ruto ist, zeigte sich im vergangenen Sommer: Landesweit kam es zu massiven Protesten. Höhepunkt des Aufbegehrens war der Sturm des Parlaments. Ausgelöst wurde alles durch die Ankündigung von Steuererhöhungen, die mit dem Schuldendienst zusammenhängen. Die Menschen sind es leid, dass nicht ihre Interessen, sondern die der Elite und der internationalen Finanzmächte bedient werden. Neu daran: Es war die Gen Z, die junge Generation, die sich erhob. Zudem war das Aufbegehren – in Kenia besonders bemerkenswert – Klassen und Ethnien übergreifend. Wie breit die Ablehnung inzwischen ist,

wird auch bei vielen Gesprächen auf unserer Reise deutlich: Ob revolutionäre Sozialist:innen oder Mitarbeitende humanitärer Organisationen, alle sind sich einig, dass es so nicht weitergehen kann. Und alle berichten davon, dass die Regierung mit rigoroser Repression auf den Unmut reagiert. Einer unserer Gesprächspartner bezeichnet das gegenwärtige Kenia sogar als „De-facto-Diktatur“.

### Geballter Unmut

Auf unserer Reise erfahren wir gleich zwei Mal, wie massiv der Staat gegen die junge Protestbewegung vorgeht: Einmal löst die Polizei eine



Lässt sich nicht von der Regierung einschüchtern: die Generation Z.

Demonstration von Frauen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Feminizide brutal auf. Das andere Mal wird in Mathare ein Festival ohne Vorankündigung geräumt. Es hätte ein Fest der Gemeinschaft, der Erinnerung an die Überschwemmungen und der Rechte der Menschen auf ein Leben in Würde sein sollen. In all dem zeigt sich, wie groß die Verunsicherung der Regierung ist. Auf der einen Seite fürchtet die Regierung die Proteste. Auf der anderen muss sie aufpassen, es sich mit dem Westen nicht zu verscherzen. Allzu offene Gewalt dürfte sich Ruta als Liebling des Westens dauerhaft nicht leisten können. Einschüchtern lassen sich die Menschen von seinem repressiven Kurs ohnehin nicht. So sind nur einen Tag nach der Frauen-Demo die Mediziner:innen und das Gesundheitspersonal für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße gegangen.

Schwer getroffen wird das ohnehin unzureichende Gesundheitssystem des Landes aktuell durch die Kahlschläge in der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit. Ungefähr 54.000 Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens sind bislang durch Mittel von USAID bezahlt worden. Zudem steht die Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten, etwa zur HIV-Therapie, infrage, auf die rund eine Million Menschen angewiesen sind. Zu diesen schlagartigen Auswirkungen hinzu kommen langfristige: Bislang haben die in US-Dollar ausgezahlten USAID-Mittel den kenianischen Schilling mit gestützt. Ohne sie drohen ein weiterer Inflationsschub und steigende Lebenshaltungskosten, womöglich auch Steuererhöhungen – was die nächste Protestwelle hervorrufen dürfte.

### Keine Macht der Ohnmacht

Noch einmal zurück nach Mathare, jenem Slum, in dem der Staat nur durch die Missachtung der Rechte der Menschen und durch Repres-

sion in Erscheinung tritt. Immer wieder müssen die Menschen willkürliche Razzien und unangekündigte Straßensperren erdulden und werden Bewohner:innen Ziel tödlicher Übergriffe. Das Mathare Social Justice Centre dokumentiert solche Fälle und berät betroffene Familien. Heute geht es um etwas anderes: In einer gemeinsamen Aktion werden an den Flussufern, an denen erst die Überschwemmungen und dann die Bulldozer gewütet haben, Gärten angelegt. Die Menschen graben in der Erde, pflanzen und versuchen, das Land fruchtbar zu machen. Es ist ein leiser, aber kraftvoller Akt des Widerstands. „Dieser Ort gehört uns“, sagt Gacheke Gachihi vom Mathare Social Justice Centre. „Wenn das Land hier an Investoren verkauft wird und sie uns vertreiben wollen, werden wir die neu gebauten Häuser besetzen. Es wäre nicht das erste Mal. Schließlich haben wir schon das Parlament besetzt.“



Radwa Khaled-Ibrahim hat zuletzt im Dezember 2024 Partnerorganisationen in Kenia besucht. Sie ist in der Öffentlichkeitsabteilung von medico für Kritische Hilfe und Nothilfe zuständig.

[< Inhaltsverzeichnis](#)

Die medico-Partner:innen in den Slums von Nairobi versuchen, auch denen zu Recht zu verhelfen, die sich keinen Anwalt oder Bestechungsgelder leisten können. Sie organisieren kommunale Basis- und Bildungsarbeit und setzen sich für die Verwirklichung des verfassungsgemäßen Rechts auf Zugang zu Gesundheit ein.

**Spendenstichwort: Ostafrika**

# Germany first

Wie Hilfe und Entwicklungspolitik auch in Deutschland unter die Räder des Rechtsrucks geraten

Von Karoline Schaefer

Was auch immer die Verhandlungen über eine Regierungsbildung in Berlin bringen werden, eines ist schon jetzt absehbar: Die internationale Zusammenarbeit wird keine Priorität haben. Die Etats für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) werden aller Wahrscheinlichkeit nach stark gesenkt. Überraschend kommt das nicht. Seit vielen Jahren werden Projekte aus dem Bereich vor allem aus rechtspopulistischen Kreisen diffamiert – Stichwort „Radwege in Peru“ – und delegitimiert. Schon in den letzten Jahren sind Bundesetats für humanitäre Hilfe und EZ bereits mehrfach gekürzt worden. Im letzten Haushaltsentwurf der Ampel-Regierung wurden sie noch einmal massiv reduziert, die Gelder für die humanitäre Hilfe sogar um die Hälfte. Die Prognosen für die Etatentwicklungen in den kommenden Jahren werden im aktuellen politischen Klima immer düsterer. Auch eine Abschaffung des Entwicklungsministeriums (BMZ) oder eine Eingliederung desselben in das Auswärtige Amt stehen mal wieder zur Debatte. Gleichzeitig werden die bereits gestiegenen Etats für Sicherheit und Verteidigung voraussichtlich weiter anwachsen. Von der Vereinbarung aus dem letzten Koalitionsvertrag, die die Ausgaben für Verteidigung und internationale Hilfe aneinander koppeln wollte, ist nichts mehr übriggeblieben.

Doch es geht nicht allein um die Höhe der Etats – es geht auch um die Art ihrer Verwendung. Im Wahlkampf waren sich die Parteien der „politischen Mitte“ weitgehend einig, dass EZ-Gelder künftig primär nach ihrem Nutzen für deutsche Interessen vergeben werden sollen. Auch das ist nicht neu. Gerade die EZ wird seit Jahrzehnten als Instrument der „soft power“ im Einklang mit deutschen außenpolitischen Interessen genutzt – unabhängig davon, welche Partei gerade das zuständige Ministerium besetzt. Unter FDP-Minister Niebel sind sogenannte „Public Private Partnerships“ als Türöffner für deutsche Unternehmen populär geworden. Unter CSU-Minister Gerd Müller wurden Mittel der EZ nach 2015 für Grenzsicherung und Migrationsabwehr umgewidmet. Und bis zuletzt hat Svenja Schulze von der SPD immer wieder den Nutzen der EZ als Instrument zur Sicherung des deutschen Zugangs zu Rohstoffen betont.

Hilfe? Nur wenn es nutzt

Im aktuellen Diskurs hat sich diese Ausrichtung hin zum Eigennutz noch einmal verschärft. Unverhohlen wird Hilfe inzwischen ganz selbstverständlich zur Absicherung des wirtschaftlichen Einflusses und zur Abwehr von Migration in Dienst genommen. Hinzu kommt: Selbst die hu-





Foto: picture alliance / Newscom | Aaron Schwartz

Sind in Europa beliebter, als es den Anschein hat: die selbsternannten Wiedergroßmacher Elon Musk und Donald Trump

manitäre Hilfe, die bislang stets als moralisch orientiert und „unpolitisch“ verhandelt wurde, soll jetzt an nationalen Interessen ausgerichtet werden. Das wird zur Folge haben, dass bei voraussichtlich stark schrumpfenden Haushaltsetats nur noch solche Kontexte eine Chance auf weitere Unterstützung haben, die entweder für die Externalisierung von Migrationsabwehr, die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder zur Sicherung des geopolitischen Einflusses der Bundesregierung oder des Zugriffs auf Rohstoffe interessant sind. Alle anderen Regionen und „vergessenen Krisen“ dürften noch weiter in den Hintergrund rücken und zunehmend sich selbst überlassen bleiben.

Die zu erwartenden Kürzungen und Konditionierungen von öffentlicher EZ und humanitärer Hilfe ebnen nicht nur den Weg hin zu einer Abkehr von historischen Verantwortlichkeiten, die aus der Kolonialgeschichte entstanden sind. Sie bedeuten auch eine Abkehr vom Globalen. „Germany first“ wird zur Antwort auf eine sich verändernde, multipolare Weltordnung und zu einem verzweifelten Versuch, westliche Hegemonie aufrechtzuerhalten. Trump macht vor, wie das gehen kann. Mit seiner Entscheidung, die United States Agency for International Development (USAID) abzuwickeln, steigt der bisher größte Geber für humanitäre Hilfe weltweit faktisch aus der Hilfe aus. Auch USAID hat schon

immer außenpolitische Interessen und keineswegs nur humanitäre Ziele verfolgt. Gleichwohl hat die Behörde über Jahrzehnte einen immensen Beitrag zur internationalen Finanzierung von Hilfsprogrammen geleistet. Durch das Vorgehen der Trump-Administration brechen rund 42 Prozent der bisherigen globalen Finanzierung für die humanitäre Hilfe weg.

### Die Konsequenzen sind tödlich

Wenn nun auch noch die Bundesregierung, die neben den USA und der EU zu den größten drei Gebern von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe gehört, ihre Etats weiter kürzt und an Bedingungen knüpft, wird sich die Situation in vielen Krisen- und Katastrophenkontexten weiter verschärfen. Das gilt umso mehr, weil nun auch die EU-Außenbeauftragte wenige Tage nach dem Kahlschlag bei USAID ankündigte,

## IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

[medico.de/verbinden](https://medico.de/verbinden)



sich dem neuen Kurs anzuschließen und EU-Hilfsgelder künftig bevorzugt zum Ausbau des eigenen geopolitischen Einflusses einzusetzen. Im Zentrum steht nicht der Bedarf vor Ort, sondern das blanke Eigeninteresse der Geberländer.

Welche dramatischen Auswirkungen diese fast gleichzeitigen Entwicklungen haben werden, lässt sich nur erahnen. Allein von dem Stopp von USAID sind vermutlich mehr als 120 Millionen Menschen weltweit betroffen. Inmitten akuter humanitärer Krisen fallen schlagartig Leistungen wie medizinische Hilfe, Nahrungslieferungen und Trinkwasserversorgung weg. Bisherige Fortschritte in der Ausrottung von Krankheiten, in der Ernährungssicherung, der Armutsbekämpfung oder der Abmilderung von unmittelbaren Auswirkungen der Klimakrise sind akut gefährdet. Für viele Menschen in Krisen- und Katastrophenkontexten wird das den Kampf ums Überleben bedeuten – oder den Tod. Auch medico-Partnerorganisationen berichten von den dramatischen Auswirkungen, sei es in Afghanistan, wo USAID fast die Hälfte aller humanitären Programme finanziert hat, oder im östlichen und südlichen Afrika, wo durch den Stopp von Gesundheitsprogrammen und Medikamentenlieferungen ganze medizinische Versorgungsstrukturen zusammenbrechen.

Mittelfristig betrifft die Kürzung und Konditionierung von Hilfsgeldern aber auch das Überleben von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren weltweit, u.a. von Hilfsorganisationen, Medienprojekten, Gesundheitsarbeiter:innen, Klimaaktivist:innen oder Menschenrechtsorganisationen. Diese sind oftmals nicht nur für die Umsetzung ihrer Aktivitäten, sondern auch für die Finanzierung der eigenen Strukturen auf externe Finanzierung angewiesen. Allgemein wird der Kurswechsel der aktuell größten Geber neokoloniale Ausbeutungsstrukturen verfestigen und Zivilgesellschaften entmachten. Beson-

ders bedrohlich wirkt sich das auf diejenigen aus, die sich in autoritären Kontexten für die Verteidigung von Menschenrechten einsetzen und für strukturelle Veränderungen kämpfen. Die Auswirkungen werden aber nicht nur im glo-

Auch hierzulande wird sich die Konkurrenz zwischen NGOs um öffentliche Gelder verschärfen. Damit dürften Opportunismus und Entpolitisierung zunehmen.

balen Süden zu spüren sein. Auch hierzulande wird sich der Kampf in der Konkurrenz um knapper werdende öffentliche Gelder verschärfen. Die Erfahrung lehrt, dass damit Opportunismus und Entpolitisierung zunehmen dürften.

In Zeiten des internationalen Rechtsrucks ist das nicht nur eine gefährliche Konsequenz, sondern vielmehr Teil einer autoritären Konjunktur. Die Delegitimierung von Hilfe und die damit einhergehende Schwächung der internationalen progressiven Zivilgesellschaft ist Ziel eines globalen rechten Hegemonieprojektes, das behauptet, humanitäre Krisen seien selbstverschuldet, das die Klimakrise leugnet und die universelle Gültigkeit von Menschenrechten infrage stellt. Gleichzeitig öffnet diese Delegitimierung Türen für eine vermehrte Einflussnahme von privatem Kapital – und verstärkt damit auch neokoloniale Abhängigkeiten und die weltweite Neoliberalisierung von Hilfs- und Versorgungsstrukturen.

Gegen all das braucht es Widerstand von unten. So darf es in den nächsten Monaten und Jahren nicht nur darum gehen, die Kürzungen

Die Kürzungen staatlicher Budgets verstärken eine Entwicklung, in der das Recht auf Hilfe zunehmend infrage gestellt wird. In einer Welt des Krieges und der Dauerkatastrophe sind Solidarität und die Stärkung der Selbsthilfe umso wichtiger. Genau dafür steht medicos Ansatz einer kritischen Nothilfe und unsere Zusammenarbeit mit einem weltweiten Partnernetzwerk. Damit wir dies in größtmöglicher Unabhängigkeit tun können, sind wir auf Unterstützung angewiesen. Jede Spende ist zweierlei: Sie ist ein Beitrag, der unsere Arbeit finanziell ermöglicht. Und sie ist ein Zeichen gegen die Ungleichgültigkeit in einer verrohenden Welt.

**Spendenstichwort: Wo es am nötigsten ist**

und Konditionierungen von öffentlicher Hilfe zu kritisieren und die künftige Bundesregierung an ihre historische Verantwortung und ihre internationalen Verpflichtungen zu erinnern. Vielmehr müssen die Ressourcen und Räume einer kritischen, transnational agierenden Zivilgesellschaft aktiv geschützt werden. Der alte medico-Grundsatz „Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden“ gilt nach wie vor. Unter den aktuellen Umständen ist er allerdings besonders dringlich.



Karoline Schaefer ist seit Ende letzten Jahres neu in der Rundschreiben-Redaktion. An allen anderen Tagen leitet sie medicos Kooperationsabteilung und betreut Projekte in der Ukraine.



**Solidarität  
unter allen,  
die unterwegs  
waren**

Tareq Alaows ist flüchtlingspolitischer Sprecher der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. Alaows kam im Sommer 2015 aus Syrien nach Deutschland und war als Aktivist an zahlreichen Bewegungen und Kampagnen beteiligt. Außerdem kandidierte er für Bündnis 90/Die Grünen bei der Wahl 2021 als erster syrischer Geflüchteter für den deutschen Bundestag, zog seine Kandidatur aber aufgrund von Anfeindungen und Drohungen zurück.

## Ein Gespräch über ein Leben zwischen syrischer Revolution und deutscher Migrationspolitik – zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“

**Du bist im Sommer 2015 aus Syrien nach Deutschland geflohen. Viele Menschen hat es damals zufällig an bestimmte Orte Europas verschlagen. Wie war es bei dir?**

Ich hatte keine besondere Beziehung zu Deutschland. Ich habe Syrien verlassen, weil ich verfolgt wurde – allerdings nicht nur vom Regime, sondern auch von islamistischen Gruppen, wie übrigens viele andere in jener Zeit. Ich wollte nur weg. Ich ging in die Türkei und entschied schnell, über die Balkanroute weiterzuziehen. Mich besorgten die Präsenz der Islamisten in der Türkei und die geografische Nähe zum syrischen Regime. Das schürte alte Ängste. Schon in Syrien hatte ich humanitäre Arbeit geleistet, deshalb fiel mir immer wieder die Verantwortung für große Gruppen zu. Da ging es teilweise um Leben und Tod, zum Beispiel auf der Bootsfahrt von der Türkei nach Griechenland.

**Wie ging es dann für dich weiter?**

Ich hatte kein Ziel, so wie die meisten anderen, die ich unterwegs traf. Wir liefen einfach weiter, wie es gerade ging, quer durch Europa. Irgendwann kamen wir in Wien am Bahnhof an, was mir bis heute besonders in Erinnerung geblieben ist. Zum ersten Mal sagte jemand zu uns „willkommen“. Ich war zuvor in Ungarn und habe dort die Massenproteste vor dem Bahnhof Keleti erlebt, wo einige Tage später der legendäre „March of Hope“ über die Autobahn Richtung österreichischer Grenze aufbrach. Das Ausmaß der Polizeibrutalität in Ungarn war unglaublich. Sie haben uns behandelt, als

könnten sie mit Gewalt unsere Existenz ungeschehen machen. In Wien habe ich dann ein Zugticket nach Dortmund bekommen. Ich hatte keine Ahnung, wo Dortmund liegt, geschweige denn, was mich erwarten würde. Als ich dort mitten in der Nacht ankam, fühlte ich mich todmüde. Und ich hatte zum ersten Mal Hunger, nach 45 Tagen, die ich von Syrien bis nach Deutschland unterwegs war. Weil sonst nichts geöffnet hatte, bin ich zu McDonalds gegangen. Nach dem Essen habe ich eine geraucht und verspürte ein schon fast vergessenes Gefühl von Sicherheit. Da habe ich entschieden, dass ich in Dortmund bleiben werde. Ich bin zur Erstaufnahmeeinrichtung und habe mich registrieren lassen.

**In Syrien gab es nicht erst seit der Revolution keine Sicherheit für Oppositionelle. Doch vieles verschärfte sich nach 2011. Du warst damals dabei. Wie hast du das erlebt?**

Ich bin in einer politischen Familie aufgewachsen. Mein Vater war Journalist. Zu Hause wurde bei uns über alles gesprochen. Allerdings galt aus Angst um uns ein striktes Verbot, außerhalb der eigenen vier Wände über Politik zu reden. 2003 gab es ein für mich einschneidendes Erlebnis: Mein Cousin, der ebenfalls Journalist war und für eine oppositionelle ausländische Zeitung schrieb, wurde festgenommen. Mein Vater wurde als Verwandter ebenfalls sanktioniert. Er wurde vom Dienst suspendiert und hatte Schreibverbot. Nach drei Jahren wurde mein Cousin dann freigelassen – aus Sednaya. Ich hörte von ihm

die furchtbaren Geschichten, die sich dort ereigneten. Alle Vorwürfe gegen ihn wurden fallengelassen, das Schreibverbot aber blieb bestehen. Er war seitdem arbeitslos. Diese Mischung aus ungemeiner Brutalität und perfider Schikane empfand ich als besonders schrecklich.

**2011 ist dann die Wut, die sich auch aus solchen Geschichten speiste, explodiert.**

Ich erinnere mich noch, dass mein Vater krank war. Ich fuhr von Aleppo, wo ich damals studierte, nach Damaskus, um ihn zu besuchen. Im Krankenhaus habe ich besagten Cousin getroffen. Es waren jene Tage, in denen in Ägypten Mubarak gestürzt wurde. Ich habe ihn gefragt: „Glaubst du, bei uns wird etwas Ähnliches passieren?“ Er sagte: „Ich hoffe es.“ Als die Revolution dann tatsächlich

Die Menschen haben die Grenzen geöffnet – nicht die Kanzlerin. Sie hat es geschehen lassen.

ausbrach, war ich in Aleppo und habe an Demos an der Uni teilgenommen. Man ging extrem brutal gegen uns vor, nicht nur auf der Straße. Die Polizei kam jede Nacht in unsere Studierendenunterkunft. Damals fotografierten die Geheimdienste die Teilnehmer der Demonstrationen, nachts suchten sie nach ihnen in unseren Betten. Wir wussten, dass diejenigen, die sie holen, nicht zurückkommen würden. Wir riskierten unser Leben. Trotzdem war ich nicht dafür, dass sich die Revolution bewaffnet. Als der Bürgerkrieg 2013 begann, habe ich mich deshalb in der humanitären Hilfe engagiert, beim syrisch-arabischen Roten

Halbmond. Dort konnten wir den Menschen trotz vieler Einschränkungen helfen. Wir waren viele Oppositionelle und haben die Plattform auch für klandestine Arbeit genutzt: Menschen wurden versteckt, Menschenrechtsverletzungen wurden dokumentiert.

**Die Öffentlichkeit in Deutschland rätselt bis heute, was 2015 genau geschah. Der Welt-Redakteur Robin Alexander warf der Bundesregierung damals vor, dass sie eine „Getriebene“ der Migrationsbewegung gewesen sei. Welchen Einfluss oder Nachhall hatte die syrische Revolution deiner Meinung nach in diesen Monaten?**

Angela Merkel hat im Sommer 2015 den humanen Weg gewählt, als sie vor der Entscheidung stand, die Grenzen zu öffnen oder massive Gewalt einzusetzen und Tote zu riskieren. Aber der Druck war gigantisch: Die Menschen haben die Grenzen geöffnet – nicht die Kanzlerin. Sie hat es geschehen lassen. Ohne die Erfahrungen der syrischen Revolution wäre vieles so nicht passiert. Alte Strukturen wie Facebook-Gruppen wurden zur Organisation von Fluchtrouten genutzt. Der Informationsfluss war enorm, ebenso die Fähigkeit, die europäische Öffentlichkeit anzusprechen. Es ist viel Grenzgewalt dokumentiert worden und immer wussten alle, die unterwegs waren, Bescheid. Wir bewegten uns auf der Flucht in kleinen Gruppen und haben versucht, uns zu warnen. Es gab also eine Solidarität aller, die unterwegs waren.

**Selbst nach dem Sturz des Assad-Regimes ist die Figur des syrischen Flüchtlings in der deutschen Debatte ohne eigene politische Geschichte. Warum?**

Die Fluchtbewegung von 2015 war keine politische Bewegung, aber das Geschehene hatte eine politische Dimension. Natürlich ging es um existenzielle Fragen. Eine Bootsfahrt über das Meer in einem Schlauchboot riskierst du

nicht aus „politischen Gründen“, sondern nur, wenn du nichts mehr zu verlieren hast. Hätte die internationale Gemeinschaft die Bevölkerung in Syrien gegen die Assad-Diktatur unterstützt, hätte es anders ausgehen können. Es gab also eine internationale Verantwortung für die Fluchtbewegungen. „Wir haben nichts mehr zu verlieren und kämpfen deswegen weiter, bis wir irgendwo sind, wo wir Sicherheit haben.“ Das war kein politisches Programm, aber eine Forderung des Moments.

**Du hast gesagt, in Wien hätte man zum ersten Mal „willkommen“ gesagt. Kurze Zeit später nannte man das millionenfache Engagement Willkommensbewegung. War sie das wirklich?**

Ja, das war es tatsächlich. Ich habe es genau so erlebt. Es war schön! Ich kam nach der Erstaufnahme in eine Turnhalle in Bochum. Es gab Yoga, Deutschkurse, Sinnvolles und Sinnloses, aus guten und manchmal auch etwas zwiespältigen Motiven. Trotzdem: Alle waren von einer persönlichen Motivation angetrieben, zu helfen. Und die daraus entstandenen ersten Begegnungen waren extrem wichtig. Die Menschen hatten durchaus Ängste, aber sie haben sie über die Begegnung abgebaut. Es ist Vertrauen gewachsen. Viele Menschen von damals wurden Freunde und mit vielen habe ich immer noch Kontakt. Das gilt sogar für meinen damaligen Heimleiter. Er ist bis heute eine wichtige Person in meinem Leben.

**Was ist seitdem mit der Willkommensbewegung und ihren Motiven passiert? Wie erklärst du dir den Rechtsruck angesichts der Erfahrungen von damals?**

Es ist viel kaputtgegangen. Viele Menschen wollten helfen, doch der Staat und die öffentliche Bürokratie reagierten viel zu langsam und konnten mit den neuen Anforderungen, darunter die Einbindung und Unterstützung

der Ehrenamtlichen, nicht umgehen. Noch schwieriger war es, die Geflüchteten als Menschen mit eigener Geschichte anzusehen und nicht als Objekte der Hilfe. Als ich in Bochum lebte, war ich oft bei der Stadtverwaltung und habe meine Expertise aus der humanitären Hilfe in Syrien angeboten. Ich wusste, wie man geflüchtete Menschen unterbringt und

Anstatt sinnlose Rückkehrdebatten zu führen, hätte die Bundesregierung eine große Exil-Konferenz organisieren können. Aber es wird weiterhin nicht mit uns gesprochen.

Massenunterkünfte organisiert. „Du brauchst selbst Hilfe, wie kannst du helfen?“ Dieser Satz wurde tatsächlich so zu mir gesagt. Selbst viele Jahre später kam von öffentlicher Seite so gut wie nichts. Das war 2022, als die Ukrainer:innen kamen, ähnlich. Viele haben sich irgendwann ermüdet zurückgezogen oder nur noch „private“ Solidarität geleistet, also einzelnen Leuten geholfen, die ihnen ans Herz gewachsen waren. Der deutsche Staat hätte diese große Bereitschaft der Leute aufgreifen und die Willkommenskultur institutionalisieren müssen. Stattdessen hat er mit Asylpaketen reagiert. Man hat migrationspolitisch gehandelt, als hätte es die Willkommensbewegung und die große Solidarität nicht gegeben. Das war eine große Entmutigung.

**Wie hat sich diese Entwicklung im Umgang mit Menschen aus Syrien, die hier leben, niedergeschlagen?**

Der Tonfall hat sich radikal gewandelt. 2015

bekamen syrische Menschen einen Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz im Schnellverfahren. Sie mussten keine individuellen Verfahren durchlaufen und konnten deshalb sehr schnell die Notunterkünfte verlassen und Familiennachzug beantragen. Sie konnten arbeiten oder zunächst Hartz IV erhalten, eine Wohnung mieten, die Sprache lernen, ein Leben anfangen. Dann wurden die Schnellverfahren gestoppt und man wechselte zu individuellen Verfahren. Das brachte dann, wie in Deutschland üblich, enorme Zeitverzögerung mit sich. Auch ich habe fast zwei Jahre gebraucht, bis ich eine Aufenthaltserlaubnis hatte.

### **Warum das alles?**

Der Umgang mit uns war meiner Meinung nach ein Signal nach außen: Man hat uns hier schikaniert, damit nicht weitere Leute nachkommen. Das sollte sich herumsprechen. Die Leute sollten in der Türkei und im Libanon bleiben. Schnell hat man auch asylpolitisch aufgerüstet: der EU-Türkei-Deal auf europäischer Ebene, in Deutschland dann die Aussetzung von Familiennachzug für zwei Jahre bei allen Menschen mit subsidiärem Schutz. Für viele war das doppelt schlimm, ich habe damals sehr oft den Satz gehört „Ich bin doch für meine Familie nach Deutschland gekommen.“

### **Du wolltest auch wegen solcher Erfahrung in die Politik.**

2016 habe ich „Refugee strike Bochum“ mitgegründet. Wir haben auf kommunaler Ebene versucht, etwas an unserer Situation zu ändern und Streiks organisiert. Früh haben wir allerdings gemerkt, dass die Bundesgesetze entscheidend sind. Dann fing 2018 die Debatte über Seenotrettung an, nachdem das Rettungsschiff Lifeline mit 234 geretteten Menschen an Bord tagelang am Einlaufen in einen Hafen gehindert worden war. Ich wurde aktiv

im bundesweiten Koordinierungskreis der Bewegung Seebrücke. Wir adressierten die Kommunen, denn sie nehmen die Menschen auf, und die Bundesregierung, die Bundesgesetze hätte ändern müssen, um die Aufnahme zu er-

In den ersten Jahren waren die Syrer:innen in Deutschland damit beschäftigt, sich ihr Leben aufzubauen. Aber viele sind durch und durch politisch. Sie haben eine Revolution angefangen – dahinter gibt es biografisch kein Zurück.

leichtern. Ich habe begonnen, in Berlin dafür zu werben, und Gespräche mit Abgeordneten geführt. Dabei habe ich festgestellt, dass es im Bundestag überhaupt keine Idee gab, was es heißt, auf der Flucht zu sein. Die, die von Integration redeten, waren noch nie in einer Unterkunft. Das war ungemein frustrierend. Deshalb entschied ich mich, für den Bundestag zu kandidieren.

### **Warum hast du die Bundestags-Kandidatur zurückgezogen?**

Meine Kandidatur erreichte eine enorme Reichweite. Es gab viel Zuspruch, aber dann auch zunehmend Drohungen, Beleidigungen und rassistische Anfeindungen. Ich bekam teilweise hundert Morddrohungen am Tag. Da ich kein Amt hatte, gab es auch keinen Personenschutz. Ich wollte etwas verändern und damit Deutschland auch etwas zurückgeben. Dieses Land war aber nicht bereit für eine Kandidatur von Menschen wie mir.



**Wurden die Syrer:innen deiner Meinung nach zu sehr als Hilfsempfänger betrachtet und ihre politische Geschichte nicht wirklich gesehen?**

Ja. Mich hat genau das immer angetrieben. Ich habe aber heute durchaus Hoffnung, dass sich das verändern wird. Denn in den ersten Jahren waren die Syrer:innen damit beschäftigt, sich ihr Leben hier aufzubauen, die Sprache zu lernen, die Schikanen auszuhalten und, soweit möglich, ihre Familien nachzuholen. Aber viele Menschen sind durch und durch politisch. Sie haben eine Revolution angefangen und dahinter gibt es biografisch kein Zurück. Sie beginnen nach und nach, wieder aktiver zu werden. Das Erdbeben 2022 hat das noch verstärkt. Es gibt zahllose Exil-Initiativen, die sich politisch für Syrien engagieren.

**Wie hat sich für dich der Fall des Regimes im letzten Jahr angefühlt? Und wie war es, nach der langen Zeit wieder nach Damaskus zu reisen?**

Ich habe drei Tage nicht geschlafen, weil ich den Moment, in dem der Sturz bekanntgegeben wurde, nicht verpassen wollte! Ich habe mein ganzes Leben davon geträumt. Das emotionalste Moment war für mich allerdings der Sturz der Assad-Statue in meinem Geburtsort. Das war am Tag vor dem Ende des Regimes. Die Statue stand dort schon, als ich geboren wurde. Schade nur, dass ich nicht dabei sein konnte. Kurz darauf bin ich allerdings nach Damaskus geflogen. Nach zehn Jahren wieder zurückzukehren und zu sehen, wie es der Familie geht, was die Menschen machen, wer noch lebt, das war unglaublich.

**Am Tag nach dem Sturz des Regimes begann in Deutschland bereits eine Rückkehr- und Abschiebedebatte. Wie realistisch ist sie deiner Meinung nach?**

Gemessen an dem, was ich früher und jetzt in Syrien erlebt habe, ist die Rückkehrdebatte realitätsfern – nicht nur wegen der aktuellen Lage in Syrien selbst, die humanitär und sozial immer noch verheerend ist. Aktuell würde auch kein deutsches Gericht Abschiebungen erlauben. Es zeigt sich erneut, dass der Populismus die Migrationsdebatte bestimmt. Viele Syrer:innen haben in den letzten Jahren versucht, hier anzukommen und auch tatsächlich dazuzugehören. Dass man am ersten Tag des neuen Syriens nur darüber spricht, ob und wie man sie schnell wieder loswerden kann, ist menschenverachtend.

**Was sollte in Deutschland deiner Meinung nach jetzt passieren?**

Anstatt sinnlose Rückkehrdebatten zu führen, hätte die Bundesregierung eine große Exil-Konferenz organisieren können. Aber es wird weiterhin nicht mit uns gesprochen, obwohl es in Deutschland die größte syrische Exil-Community Europas gibt. Sie sollte an den Verhandlungen auch mit der Übergangsregierung beteiligt werden. Sie repräsentiert sowohl einen bedeutenden Teil der deutschen wie der syrischen Bevölkerung.

*Das Interview führte Mario Neumann.*

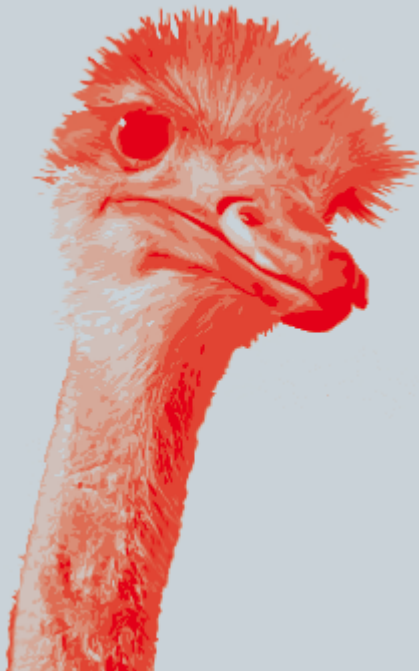
# medico aktiv

## Global Trouble überall

Neue Podcast-Folgen zu Autoritarismus, Afghanistan, Syrien und Gaza

Warum ist der Ruf nach autoritärer Führung so groß und der Hang zum Tritt nach unten so weit verbreitet? Allein mit Meinungsmache und Fake News lässt sich die Zustimmung wachsender Teile der Gesellschaft zur autoritären Wende nicht erklären. Eine Folge des medico-Podcasts „Global Trouble“ richtet daher den Blick auf die Sozialpsychologie des Autoritarismus. Unter dem Titel „Krise, Angst und Ressentiment“ spricht der Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Stephan Lessenich über den Extremismus der gesellschaftlichen Mitte – und wie rechts es eigentlich noch werden kann. Zudem sind, jeweils in Reaktion auf aktuelle Entwicklungen, drei weitere Folgen erschienen: Die jüngste thematisiert das zynische Ende des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan, eine weitere Folge blickt auf die Lage in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes. Und in einer Ausgabe diskutieren, immer noch hörenswert, medico-Nahostreferent Riad Othman und die Politikwissenschaftlerin Muriel Asseburg angesichts der im Januar gestarteten Waffenruhe über Perspektiven in Gaza.

[medico.de/podcast](https://medico.de/podcast)



## Nichts ist bewältigt

Deutsche Gewaltgeschichte in Namibia

Der verbrecherische Charakter des deutschen Kolonialismus im heutigen Namibia ist eine Tatsache. Viele allerdings, nicht zuletzt die Bundesregierung, verweigern dem Völkermord bis heute sowohl die Anerkennung als auch einen zentralen Platz in der hiesigen Erinnerungskultur. So hat 2024 die Kulturstatsministerin ihren Vorstoß, neben den Gedenken an die NS-Geschichte und die Unterdrückungsstrukturen der DDR eine Säule zur Erinnerung an die kolonialen Verbrechen aufzubauen, schnell wieder abgebrochen. Selbst der 150. Jahrestag der Berliner Konferenz, auf der die europäische Ausbeutung Afrikas verhandelt wurde, schien keines staatlichen Gedenkens würdig. Umso wichtiger ist die Thematisierung der Kolonialgeschichte von unten, und zwar nicht nur in Namibia, sondern auch hier. In diesem Sinne tourte mit Unterstützung medicos die Film- und Veranstaltungsreihe „Erased Memories, Disrupted Futures“ durch mehrere deutsche Städte. Am 10. Januar etwa sahen 300 Besucher:innen im Frankfurter Mousonturm die filmische Spurensuche von Forensic Architecture, die das deutsche Konzentrationslager auf der Insel Shark Island rekonstruiert. Anschließend sprachen Mark Mushiva von dem Forschungskollektiv und Marcella Katjijova, Psychologin und Nachfahrin der Überlebenden des Genozids, von dem anhaltenden Kampf um Anerkennung und Aufarbeitung kolonialer Schuld. Die Veranstaltung schloss mit nicht enden wollendem Applaus.

[medico.de/namibia](https://medico.de/namibia)



Mark Mushiva und Marcella Katjijova mit Julia Manek von medico im Frankfurter Mousonturm.

## Kopf hoch

Jetzt hilft nur noch weitermachen!

Die Lage der Welt ist eindeutig zu schlecht, um auch noch pessimistisch zu sein. In einer laufenden Kampagne werben wir deshalb unter dem Titel „Kopf hoch“ um Unterstützung und neue Verbündete. Das ist kein Kalenderspruch und auch keine Durchhalteparole, sondern beschreibt unseren Versuch, sich auch im Angesicht der großen Krisen unserer Zeit nicht lähmen zu lassen. Schon über 300 neue Fördermitglieder sehen das scheinbar genauso und gesellen sich nun zu über 6.000 treuen medico-Förder:innen. Eine besondere Unterstützung erfährt medico derzeit außerdem in den sozialen Medien: Der Satiriker „El Hotzo“ hat uns seine Kanäle auf den Plattformen Instagram und X zur Verfügung gestellt – mit 1,4 Millionen bzw. 700.000 Follower:innen. Anderthalb Monate lang bekommen sie medico-Themen aufs Smartphone. Apropos: Sollten Sie noch kein Fördermitglied medicos sein, denken Sie doch einmal darüber nach. Pessimist:innen und Optimist:innen aller Länder sind weiterhin willkommen.

[medico.de/kopf-hoch](https://medico.de/kopf-hoch)

# Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

**Spende** an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

**Spendenaktionen** selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **[medico.de/spenden](https://medico.de/spenden)**

**FÖRDERMITGLIEDSCHAFT:** Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

**[medico.de/foemi](https://medico.de/foemi)**

**STIFTER:IN WERDEN:** Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

**[stiftung-medico.de](https://stiftung-medico.de)**

**TESTAMENTSPENDE:** Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung **medico international** testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



## MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

[medico.de/spendenservice](https://www.medico.de/spendenservice)

## FRAGEN & ANREGUNGEN:

**Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke**

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

## SPENDEN & KOMMUNIKATION:



**Gudrun Kortas**

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28  
[kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Janne Reuver**

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64  
[reuver@medico.de](mailto:reuver@medico.de)



**Johannes Richter**

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71  
[richter@medico.de](mailto:richter@medico.de)



**Dr. Anke Böttcher**

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-42  
[spendenverwaltung@medico.de](mailto:spendenverwaltung@medico.de)

## rundschreiben



Infolyer

Jahresbericht

und vieles mehr...

## BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

[medico.de/material](https://www.medico.de/material)



## HILFE, DIE VERÄNDERT

### Blick zurück: das rundschreiben 1/2000



Dass die Welt auch damals nicht in Ordnung war, wird im ersten rundschreiben des Jahres 2000 hinreichend deutlich. Es berichtet von der wachsenden „Diktatur der Armut“, einer Flutkatastrophe in Mosambik und den Repressionen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung. Gleichwohl gibt es in der Ausgabe eine Reportage, die nur so vor Hoffnung glüht. Sie erzählt von einem Projekt, das zu einem der prägendsten in der Geschichte von medico werden sollte; und sie erzählt von Freddy, einem Bauern, der 444 Tage nach einer Katastrophe „das Fest seines Lebens“ feierte.

Worum ging es? Im Herbst 1998 wütete Hurrikan „Mitch“ in Mittelamerika mit tödlicher Wucht. Im Westen Nicaraguas löschten Schlammlawinen ganze Dörfer aus, auch das von Freddy. Die Not war groß. Doch viele der Überlebenden hatten während der sandinistischen Revolution Selbstwertgefühl, Stärke und Unabhängigkeit entwickelt – Erfahrungen, die sich auch jetzt mobilisieren ließen. So kam es, dass Freddy und Genoss:innen die Hacienda El Tanque besetzten. Hier wollten sie sich nicht nur ein neues, sondern auch gleich ein besseres Leben aufbauen. Dabei wandten sie sich auch an eine durch ihre Arbeit vor Ort bestens und lange bekannte Organisation aus dem Ausland: medico international. Gemeinsam wurde besprochen und besorgt, was nötig war. Das Anliegen war komplex, aber es ging voran. Am 18. Januar 2000 wurde El Tanque, das „Dorf der Mutigen“, mit besagtem Fest eröffnet. Nach und nach entstanden ein demokratisches Gemeinwesen, eine gemeinwohlorientierte Infrastruktur – von Bildung bis Gesundheit – und eine genossenschaftliche Landwirtschaft. El Tanque war nie ein Idyll. Aber es hat den Nachweis erbracht, dass „entwicklungsorientierte Nothilfe“ möglich ist. Sie wirkt bis heute.

Nicaragua wurde längst wieder in eine Diktatur verwandelt. El Tanque aber gibt es noch. Es ist die letzte verbliebene Kooperative im Landkreis. Trotz großen Drucks weigern sich die Bewohner:innen bis heute, ihr Land dem Agrobusiness zu verkaufen und damit aus der Hand zu geben, was sie einst selbstorganisiert geschaffen haben.



*Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: [medico.de/rundschreiben-archiv](http://medico.de/rundschreiben-archiv)*

# VOM VERSCHWINDEN- LÄSSEN EINER WELT

Symposium  
stiftung medico  
international  
8.+ 9. Mai 2025,  
Frankfurt



Die Welt brennt. Als Hilfs- und Menschenrechtsorganisation kommen wir nicht umhin, in die Flammen zu schauen: auf Gleichgültigkeit und Verleugnung von Realität, auf Kriege und Krisen, wachsenden Autoritarismus, kurz: auf die Weigerung, die Welt als Ganze verstehen und verteidigen zu wollen.

Sich dem Verblässen der Welt entgegenzustellen, erscheint bereits als kleine revolutionäre Tat. Wie also kann es gelingen, die globale öffentliche Sphäre und die Wahrnehmung der Realität in ihr wieder auszuweiten?

8. Mai 19.00-21.00 Uhr

9. Mai 10.00-16.00 Uhr

U. a. mit: Andrea Böhm [Journalistin, Berlin]

Cara New Daggett [Virginia Institute, USA]

Lian Gogali [Institut Mosintuwu, Indonesien]

Ilija Trojanow [Schriftsteller, Wien]

Charlotte Wiedemann [Autorin, Berlin]

Aram Ziai [Universität Kassel]

Anmeldung bis zum 17. April 2025

[www.stiftung-medico.de/anmeldung](http://www.stiftung-medico.de/anmeldung)



#saytheirnames

FERHAT UNVAR

SAID NESAR HASHEMI

HAMZA KURTOVIĆ

VILI VIOREL PĂUN

MERCEDES KIERPACZ

KALOYAN VELKOV

FATİH SARAÇOĞLU

SEDAT GÜRBÜZ

GÖKHAN GÜLTEKİN

„Die AfD hat am 19. Februar 2020 mitgeschossen. Der Täter war von den Rassisten der AfD beeinflusst und aufgehetzt. Jetzt wird die rechtsextreme Partei mit über 20% in den Bundestag gewählt. Wie kann das sein?“

*Çetin Gültekin, Bruder des ermordeten Gökhan, anlässlich des 5. Jahrestages der rassistischen Morde von Hanau am 19. Februar 2020.*